

Bezugspreis:

Für den Monat September 300.- M. voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Memelgebiet, sowie Österreich und Luxemburg 248.- M. für das übrige Ausland 262.- M. Goldbestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Estland, Finnland, Frankreich, Holland, Lettland, Litauen, Ostpreußen, Polen, Rumänien, Schweden, Tschechoslowakei und Ungarn.

Der "Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage "Volk und Welt", der Unterhaltungsbeilage "Heimwelt" und der Beilage "Erholung und Reizgarten" erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphen-Adresse: "Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die einspaltige Reklameregel kostet 40.- M. Reklameregel 180.- M. "Kleinanzeigen" des festgedruckten Wortes 12.- M. (zwei spaltig zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10.- M. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 7.- M., jedes weitere Wort 5.- M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 15.- M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-295
und 2506-2507

Mittwoch, den 20. September 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Hauptredaktion u. Inseraten-Abteilung: Dönhoff 2506-2507

Havensteins Abmachungen.

Ueber die Abmachungen zwischen der Bank von England und der Reichsbank wird amtlicherseits Stillschweigen bewahrt. Die beiden Banken betrachten die eingegangenen Verpflichtungen als eine reine Privatangelegenheit und sind nicht in der Lage, irgendwelchen Aufschluß darüber zu geben. Man weiß nur soviel, daß die Reichsbank auch nicht den kleinsten Teil ihres Goldbestandes als Sicherheit hergegeben hat, dies geschieht vielmehr auf andere Weise. Die belgische Regierung hat sich mit der Mitteilung des deutschen Gesandten Landsberg, daß die Reichsbank nunmehr bereit sei, die sechsmonatswechsel zu unterzeichnen, nach ihrer eigenen Erklärung zufrieden gegeben, so daß die deutsch-belgische Angelegenheit nunmehr ihre friedliche Beilegung gefunden hat.

Daß in Regierungskreisen die politische Lage als entspannter betrachtet wird, dafür spricht die Tatsache, daß der Reichskanzler nunmehr seine Urlaubsreise, die er mehrfach hatte verschieben müssen, auf Ende der Woche angeht. Falls die Verhandlungen mit Belgien wünschgemäß und glatt verlaufen, dürfte der Kanzler voraussichtlich am Sonnabend zur Erholung nach Süddeutschland fahren. Auch Reichsfinanzminister Dr. Hermes gedenkt, seinen Erholungsurlaub nach Riffingen anzutreten. Der Reichsbankpräsident Havenstein geht gleichfalls in Urlaub.

Die Ill. meldet aus London, daß über den Abschluß der Verhandlungen zwischen der Bank von England und der Reichsbank in englischen Bankkreisen folgende Einzelheiten bekannt werden.

Das Reich hat sich gegenüber der Reichsbank verpflichtet, dieser während 18 Monaten (vom 15. August 1922 bis 15. Februar 1924) monatlich 15 Millionen Goldmark zur Abdeckung der Reparationsschuld zur Verfügung zu stellen. Die Verhandlungen habensteins mit der Bank von England wurden notwendig, weil Belgien während der Berliner Verhandlungen verlangt hat, daß die auf diese Weise zusammengebrachten 270 Millionen Goldmark nicht 18, sondern nur 6 Monate gestundet werden sollen, wie dies die Reparationskommission festgesetzt hat. Die deutsche Regierung hat nunmehr auf Grund des in den Verhandlungen aufgestellten Finanzplans der belgischen Regierung vorgeschlagen, die 270 Millionen Mark in 5 sechsmonatigen Schahwechseln von dreimal 50 und zweimal 60 Millionen Goldmark zu bezahlen, deren erster am 15. Januar 1923, deren letzter am 15. Juni 1923 wieder voll eingelöst sein wird. Die Einlösung ist folgendermaßen gedacht: Die ersten beiden Raten am 15. Januar und 15. Februar 1923 kann die Reichsbank auf Grund der von der Bank von England garantierten oder gelieferten 100 Millionen Goldmark bezahlen, für die neben der Unterschrift der Reichsbank das englische Depot der Reichsbank von 50 Millionen Goldmark als Sicherheit gilt. Die weiteren Raten von 50 und 60 Millionen Goldmark kann die Reichsbank bis 15. Juni 1923 auf Grund der bis dahin durch die Zahlungen des Reichs aufgesammelten 11 Monatsraten von je 15 Millionen Goldmark bis auf einen kleinen Rest von 5 Millionen Goldmark einlösen. Alle weiteren vom Reich an die Reichsbank erfolgenden Goldzahlungen der nächsten 8 Monate dienen dann der Reichsbank dazu, der Bank von England die geschuldeten 100 Millionen Goldmark wieder zurückzahlen.

Neben diesem reinen Zahlungsplan steht als weitere Aktion der Reichsbank bei der Bank von England die Tatsache, daß die Bank von England wahrscheinlich die beiden ersten mit dem Datum des 16. August und 15. September 1922 an Belgien zu gebenden Schahwechsel diskontiert, so daß Belgien schon jetzt in den Besitz des baren Geldes gelangt und die deutschen Schahwechsel bei der Bank von England ruhen. Am 15. Januar und 15. Februar werden dann diese an sich abgelassenen Schahwechsel in Höhe von je 50 Millionen Goldmark von der Bank von England gestundet.

Reparationsdebatte im Völkerbund.

Genf, 19. September. (W.B.) Am Ende der heutigen Abend Sitzung des Abrüstungsausschusses wurde plötzlich die Reparationsfrage zur Debatte gestellt. Lord Robert Cecil verlas einen ausführlichen Antrag, der als Voraussetzung für die Abrüstung die Lösung der Reparationsfrage und der interalliierten Schulden wie überhaupt der schweren wirtschaftlichen Krise, die Deutschland und die ganze Welt bedroht, bezeichnet. Unter größter Spannung aller Delegierten erklärte de Jouvenel, daß Frankreich mit einer Aussprache über diesen Punkt einverstanden sei, und daß die französische Delegation bereits bestimmte Vorschläge zu Lord Ceclis Anregungen ausgearbeitet habe. Damit den anderen Delegationen Zeit zur Stellungnahme bleibe, beantragte er, daß er bei der nächsten Sitzung die Debatte eröffne. Weniger als irgendein anderes Volk habe das französische Volk, in diesem Falle eine negative Antwort zu geben. „Schon bei meinem ersten Auftreten hier in Genf“, sagte de Jouvenel, „wies ich darauf hin, daß wir nur zu einem Ergebnis in der Abrüstungsfrage kommen können, wenn die Länder, die im Kriege einig waren, auch im Frieden einig bleiben. Der militärische Frieden kann nur die Folge der moralischen Abrüstung sein, wie schon früher Noblemaire sagte, die Folge des intellektuellen Friedens. Wenn wir zu einer Konsolidierung des Friedens gelangen wollen, müssen die Folgen des letzten Krieges liquidiert sein.“

Fisher-England dankte de Jouvenel und stellte eingehende Prüfung seiner Vorschläge in Aussicht. Nachdem Peullet-Belgien auf das besondere Interesse, das sein Land an der Lösung der Reparationsfrage habe, hingewiesen hatte, ging der Ausschuh auseinander. — Seit gestern abend ließen hier schon Gerüchte um, daß die heutige Sitzung eine bedeutsame Erklärung bringen würde. Der Antrag Lord Ceclis ist nach allem, was man hört, nach vorherigen eingehenden Besprechungen mit de Jouvenel-Frankreich formuliert worden, wie auch die französische Delegation erst nach langen Beratungen und Fühlungnahme mit der Pariser Regierung an die Ausarbeitung ihrer Vorschläge herantrat.

Genf, 19. September. (W.B.) Die Anträge Lord Robert Ceclis haben im wesentlichen folgenden Wortlaut: Der Ausschuh ist der Ansicht, daß trotz der ernsthaften wirtschaftlichen Krise, unter der alle Länder leiden und die zu einer Abrüstungsbeschränkung sprechen, die politische und wirtschaftliche Lage Europas so heikel ist, daß kein allgemeiner Abrüstungsplan gegenwärtig erzwungen werden kann. Zweifelslos sind die Regierungen zahlreicher Länder befangen wegen der unmittelbar zu befürchtenden großen Katastrophe, deren Folgen unberechenbar sein können. Das ist heute der Fall mit Österreich, wie jeder weiß, das wird vielleicht in einigen Monaten schon der Fall mit Deutschland sein, und wenn Österreich und Deutschland wirtschaftlich zusammenbrechen, so werden die Folgen für ihre Nachbarn, für Europa, sogar für die ganze Welt, außerst ernste, vielleicht verhängnisvoll sein. Aber außer diesen schwierigen Anzeichen ist die allgemeine wirtschaftliche Lage derart, daß die Welt gegenwärtig in einem Zustand des Argwohns und der Unruhe sich befindet, der nicht mit einem wirklichen Frieden vereinbar ist. Ohne den Frieden, ohne die moralische Abrüstung ist aber jeder Abrüstungsplan vergeblich. Bevor man also an eine Abrüstungsbeschränkung herangeht, muß man sich folgende Fragen stellen: Welches sind die Ursachen, die den Mechanismus des Handels und des internationalen Austausches lähmen und die wirtschaftliche und politische Unsicherheit hervorrufen? Die Antwort ist nicht zweifelhaft. Man muß die Ursachen in den zwischenstaatlichen Schulden, die auf allen großen Völkern Europas lasten, suchen. Diese Schulden, ob sie nun in Form von Reparationsverpflichtungen, von Hilfskrediten für Schulden aufreten, sie bilden in ihrer Gesamtheit ein Problem, dessen Lösung wesentlich ist, bevor das wirtschaftliche Leben Europas wieder aufgerichtet werden kann. Solange zu diesem Zwecke nicht die nötigen Maßnahmen ergriffen worden sind, kann man nicht hoffen, den Sturz der Devisen aufzuhalten oder den internationalen Handel wiederherzustellen.

Dann fuhr Lord Robert Cecil fort: Man darf infolgedessen sagen, daß man sich allgemein darüber einig ist, daß der Austausch der Erzeugnisse, der zu allen Zeiten den europäischen Nationen das Leben ermöglichte, nicht wiederhergestellt werden kann, solange die Frage der zwischenstaatlichen Schulden nicht eine befriedigende Lösung gefunden hat, und man muß hinzufügen, daß, obwohl die Frage in erster Linie die Gläubiger- und Schuldnerstaaten interessiert, sie ebenfalls, wenn auch in geringerer Maße, alle anderen Staaten Europas angeht. Die Länder, die nicht am Kriege teilgenommen haben, und die an dem Problem der zwischenstaatlichen Schulden nicht interessiert sind, weder als Schuldner noch als Gläubiger, leiden ebenfalls an einer ernsthaften wirtschaftlichen Krise. Sie haben keine Absatzgebiete mehr, ihre Industrie wird zum Stillstand veranlaßt und ihre Arbeiter werden drohend. Sie haben infolgedessen ein Lebensinteresse an einer schnellen Lösung des Problems.

Für die Frage der Abrüstung ist es also wesentlich, daß man ohne Zeitverlust eine Lösung für alle durch die zwischenstaatlichen Schulden aufgeworfenen Fragen findet. Lord Robert Cecil fügte hinzu, daß es nicht Sache des Abrüstungsausschusses sei, genauere Maßnahmen vorzuschlagen, daß die einen der Ansicht seien, die Initiative müsse vom Rat der alliierten Mächte ausgehen, daß andere ihr ganzes Vertrauen auf die Reparationskommission setzen, andere aber einen besonderen Sachverständigenausschuh oder ein Finanzkomitee mit der Ausarbeitung von Vorschlägen betrauen möchten. Eine andere Auffassung endlich gehe dahin, daß nur eine internationale Konferenz der Ministerpräsidenten genug Autorität hätte, um eine solche ernste Frage zu lösen.

Aber, so fuhr Lord Robert Cecil fort, welches auch der Organismus, den man mit dem Studium betrauen werde, so sei es unmöglich, eine befriedigende Lösung zu erzielen, wenn geeignete Vorbedingungen nicht erfüllt werden. In erster Linie müsse man den ganzen Komplex der Fragen angehen und die interalliierten Schulden und die Reparationsfrage diskutieren.

Außerdem, da es sich um ein Problem handle, das die ganze Welt angehe, sei es notwendig, daß andere Nationen ihren Anteil an der Verantwortung für den endgültigen Beschluß auf sich nehmen. Ferner könnten, wenn man wolle, daß die Reparationszahlungen erfolgten, diese heute nur mittels einer internationalen Anleihe aufgebracht werden. Schließlich sei es notwendig, daß die Lösung nicht verzögert werde, denn alle Sachverständigen seien sich darin einig, daß jetzt die Minuten gezählt seien, wenn man Europa vor dem finanziellen Zusammenbruch retten wolle.

Lord Robert Cecil schloß mit folgenden Worten: Der Dritte Ausschuh erinnert die Versammlung an die Notwendigkeit eines sofortigen Handelns, und es ist unbestreitbar, daß, solange die finanziellen Schwierigkeiten Europas nicht behoben sind, man nicht die politische Stabilität und das Vertrauen wiedergewinnen kann, die unentbehrlichen Elemente, von denen die Verwirklichung der moralischen Abrüstung und die Frage jedes Abrüstungsprojektes abhängt.

Unsoziale Beamtenbesoldung.

Von Ernst Schmidt,

Redakteur beim Reichsverband deutscher Post- und Telegraphenbeamten.

Die fortschreitende Geldentwertung wirkt sich naturgemäß auch in der Entwicklung der Beamtenbesoldung aus. Das Einkommen der vom Staate unmittelbar besoldeten Beamten muß zwangsläufig, durch die andauernde Steigerung der Lebenshaltungskosten veranlaßt, eine etappenweise fortgeführte Erhöhung erfahren. Aber auch hier vollzieht sich, wie in den breiten proletarischen Schichten allgemein, jener Prozeß eines fortschreitend sich steigernden Mißverhältnisses zwischen Lebenshaltungskosten und Einkommen, denn bei dem Wettlauf zwischen Preis und Lohn ist ersterer immer voraus. Nur diejenigen, die im allgemeinen Erwerbskampf an bevorzugter Stelle stehen, sind in der Lage, ihr Einkommen den ununterbrochen steigenden Kosten der Lebenshaltung anzupassen. Ob Goldmark oder Papiermark, dem Wesen nach ist die Frage immer noch dieselbe: Wie zu den Zeiten der Goldwährung kommt es auch heute noch darauf an, wieviel Mark man verdient.

Es soll hier auf die Tatsache hingewiesen werden, daß sich mit Hilfe des von der Regierung gegenwärtig angewendeten Prinzips die Einkommensentwicklung der höheren Beamten in weitaus ausreichenderem Maße der fortschreitenden Geldentwertung anpaßt, als es leider bei den unteren Beamten-schichten geschieht, daß die infolge der wachsenden Lebenshaltungskosten an sich allgemein notwendigen Einkommenssteigerungen in den oberen Beamtenstufen in einem Verhältnis bemessen werden, daß sich bei dauernder Beibehaltung dieses Systems mehr und mehr zu einem Mißverhältnis zwischen oben und unten zum Nachteil der unteren Beamtenklassen gestalten muß. Denn mit jeder neuen Erhöhung auf der Grundlage dieses Systems vergrößert sich der Abstand zwischen den Einkommen der unteren und der ihnen übergeordneten Besoldungsgruppen in einem nach oben hin wachsenden Größenverhältnis. Die Grundlage dieses Systems ist das Prinzip des prozentual gleichen Teuerungszuschlags.

Hierzu einige Erläuterungen. Wie es heute in den Lohn- und Gehaltsverhältnissen allgemein der Fall ist, besteht auch das Einkommen der Beamten aus mehreren Positionen. Es werden zu dem eigentlichen Grundgehalt, das trotz wiederholter Erhöhung weder in den oberen, noch in den unteren Beamtenstufen zur Lebenshaltung ausreicht, noch weitere Zuschläge gezahlt. Die Beamten erhalten also zu dem Grundgehalt noch einen je nach dem Teuerungsstand des Wohnortes bemessenen, in fünf Stufen gestuften Ortszuschlag, und zu dem Einkommen, das sich aus diesen beiden Positionen, Grundgehalt und Ortszuschlag, zusammensetzt, einen prozentual gleichen Teuerungszuschlag. Außerdem werden noch Familienzulagen in Form von Kinderzuschlägen und ein allerdings minimaler Frauenschlag gewährt. Das Prinzip der Anwendung dieser Zulagen ist bei allen Beamtenklassen das gleiche, Kinderzuschläge und Frauenschlag sind sogar absolut gleich von oben bis unten. Das Grundgehalt, das eigentlich Grundlage und Hauptteil der Beamtenbesoldung sein sollte, ist an die zweite Stelle gerückt, denn das Schwergewicht des Beamten-einkommens liegt jetzt in dem Teuerungszuschlag, der auf dem Wege notwendig gewordenen wiederholter Erhöhung bereits um ein mehrfaches höher ist, als das nach einem starrerem System aufgebaute, der Entwicklung in unzulänglichem Tempo folgende Grundgehalt. Der Zustand, daß die Teuerungszuschläge höher sind, als das eigentliche Grundgehalt, dürfte wohl allgemein bestehen; er ist eine Auswirkung der abnormen Wirtschaftsgestaltung überhaupt und in bezug auf die Beamtenbesoldung fällt die absolute Unzulänglichkeit des eigentlichen Grundgehalts noch besonders ins Gewicht.

Das Grundgehalt der Beamtenbesoldung ist über ein System von 13 Besoldungsgruppen verteilt. Innerhalb jeder dieser Gruppen ermächtigt eine Staffel von einzelnen Gehaltsstufen dem Beamten den Einkommensaufstieg nach Maßgabe des zunehmenden Dienstalters. Auf dem Wege der Beförderung kann der einzelne Beamte aus der Besoldungsgruppe, in der seine Laufbahn beginnt, in eine höhere Besoldungsgruppe gelangen. Natürlich ist die Aufstiegsmöglichkeit durch die Kategorienbeschränkung begrenzt, die der Laufbahn gezogen ist. Die große Masse der unteren Beamtenbesoldung kommt über die Besoldungsgruppe III nicht hinaus, Beförderungen nach den Gruppen IV, V und VI finden in gewissen Grenzen jedoch statt. Das alles kann hier jedoch nur angedeutet werden, da es uns darauf ankommt, auf die unsoziale Tendenz des jetzigen Besoldungssystems hinzuweisen.

Daß der Gehaltsaufbau dem Prinzip einer gerechten Wertung der intellektuellen Leistung gerecht wird, daß demnach die Grundgehälter der Beamten eine dem erweiterten Wirkungskreis, dem größeren Maße der Verantwortung, dem höheren Grade der Bildung und der Berufskennisse entsprechende Steigerung nach oben hin erfahren, ist eine Selbstverständlichkeit, gegen die nichts eingewendet werden kann. Die 13 Besoldungsgruppen stellen also eine der Rangordnung

entsprechende Befoldungssteigerung dar. Dieses Prinzip der unterschiedlichen Gehaltssteigerung wird auch von den Beamten der unteren Befoldungsgruppen anerkannt.

Die bei den Grundgehältern zum Ausdruck kommende Differenzierung des Einkommens ist jedoch nicht so sehr der Stein des Anstoßes, als vielmehr die weitaus größere Differenzierung, die durch den Teuerungszuschlag erzielt wird. Wie schon erwähnt, erhalten die Beamten aller Grade und in allen Befoldungsgruppen zu ihrem Grundgehalt einen prozentual gleichen Teuerungszuschlag, der sich natürlich in den höheren Befoldungsgruppen zu ganz erheblich größeren Beträgen auswirkt, als in den unteren. Ein Beispiel: Das Höchstgehalt eines unteren Beamten (Gruppe III) beträgt jetzt 20 000 M., das Höchstgehalt des höheren Beamten (Gruppe XIII) beträgt 80 000 M. Beide Beamte erhalten zu ihrem Gehalt einen prozentual gleichen Teuerungszuschlag, der infolge der abnormen Wirtschaftsentwicklung in letzter Zeit von Monat zu Monat erhöht werden mußte und in allen Befoldungsgruppen im gleichen Prozentsatz gesteigert wurde.

Es hat sich hier nun folgendes System herausgebildet: Für die ersten 10 000 M. des Gehalts betrug der Teuerungszuschlag am 1. April 60 Proz., am 1. Mai 120 Proz., am 1. Juni 160 Proz., am 1. Juli 215 Proz., am 1. August 240 Proz., am 1. September 492 Proz.

Für den über 10 000 M. hinausgehenden Betrag des Gehalts betrug der Teuerungszuschlag am 1. April 30 Proz., am 1. Mai 65 Proz., am 1. Juni 105 Proz., am 1. Juli 160 Proz., am 1. August 185 Proz., am 1. September 437 Proz.

Im Hinblick auf die in den letzten Monaten stattgefundenen katastrophale Verteuerung aller Lebensbedürfnisse war die Erhöhung der Teuerungszuschläge durchaus notwendig. Aber welche verschiedenartige Wirkung kommt heraus, wenn man bei jeder Erhöhung des Teuerungszuschlags den gleichen Steigerungsprozentsatz auf ein Einkommen von 20 000 M. und auf ein solches von 80 000 M. anwendet! Für die ersten 10 000 M. des Grundgehalts hat der prozentual gleiche Teuerungszuschlag in allen Befoldungsgruppen die gleiche Wirkung, aber bei dem Beamten der Befoldungsgruppe III beträgt der über 10 000 M. hinausgehende Teil des Grundgehalts nur weitere 10 000 M., bei dem Beamten der Gruppe XIII beträgt dieser überschüssige Teil des Grundgehalts aber 70 000 M. Und nun denke man sich diese beiden Beträge von 10 000 M. und 70 000 M. fortschreitend um die hier angeführten gleichen Prozentsätze gesteigert. Der Raum verbietet uns die zahlenmäßige Beweisführung dafür, in welchem Maße bei dauernder Anwendung dieses Prinzips die Spannung zwischen den beiderseitigen Einkommen wachsen muß. Nachrechnen kann sich das jeder selbst. Mit jeder weiteren Erhöhung des Teuerungszuschlags wächst das Gesamteinkommen der übergeordneten Beamtenklassen über das der nachgeordneten in einem fortschreitend sich steigernden Größenverhältnis hinaus, die Spannung wird immer weiter, der Abstand zwischen oben und unten immer größer. Das ist die Wirkung des prozentual gleichen Teuerungszuschlags, und es ist die gewollte Wirkung derjenigen Regierungsstellen, die hierfür verantwortlich sind. Alle Segenswünsche, alle Forderungen nach Maßnahmen eines sozialen Ausgleichs waren vergeblich. Die zuständigen Regierungsvertreter lehnten das mit der Begründung ab, daß sie solchen „Kivellierungsversuchen“ nicht die Hand bieten können.

Die Steigerung dieser Spannung kann natürlich nicht bis ins Uferlose weitergehen. Vielmehr müssen gegen die Fortführung dieses unsozialen Systems schwerwiegende Bedenken geltend gemacht werden. Der Leistungswertung ist in den unterschiedlichen Grundgehältern Rechnung getragen und hiergegen werden auch die unteren Beamten nichts ein. Aber es muß in ihren Kreisen eine maßlose Verbitterung schaffen, wenn sie sehen, in welchem fortschreitend wachsenden Mißverhältnis die Differenzierung der Beamten Einkommen sich zugunsten der übergeordneten Schichten vollzieht. Das ist ausgesprochene Klassenpolitik in dem Sinne, wie sie vor dem August 1914 üblich war, und es die höchste Zeit, daß dem ein Ende gemacht wird.

Ein Rückzug des Ernährungsministeriums.

Seine „sofortige“ Brotpreiserhöhung.

Das Reichsernährungsministerium veröffentlicht durch die „Dena“ eine Notiz, die offenbar den Entrüstungsturm beschwichtigen soll, der sich in Verbraucherkreisen über den Beschluß des Preisausschusses erhoben hat. Nach einer sehr ansehnlichen Darstellung dieses Beschlusses führt die Notiz aus:

Eine spätere Erhöhung des Brotpreises wird sich nicht umgehen lassen. Bei der Festsetzung des Preises für die diesjährige Getreidemenge konnte man natürlich die jetzt eingetretene Teuerung und vor allen Dingen die starke Preissteigerung für das Auslandsgetreide nicht vorhersehen. Der von der Reichsgetreidestelle festgesetzte Preis für das Brotgetreide beträgt zurzeit im Inland 11 000 M. für die Tonne, während das Auslandsgetreide 50 000 bis 60 000 M. pro Tonne kostet. Das Ernährungsministerium ist also gezwungen, eine neue Erhöhung des Umlagepreises vorzubereiten, um wenigstens einen kleinen Ausgleich herbeizuführen. Mit einer sofortigen Herabsetzung des Brotpreises auf ein Mehrfaches des heutigen Preises ist aber nicht zu rechnen, da sich die Erhöhung des Getreidepreises erst in einigen Wochen auswirken wird. Außerdem werden die Kabinettsberatungen über die Erhöhung des Getreidepreises auf seinen Fall eher stattfinden, als die sozialdemokratischen Minister des Kabinetts vom Parteitag in Augsburg zurückgekehrt sind. Es ist vor der Ergriffung einer solchen entscheidenden Maßnahme auch geplant, die Parteien zu hören und deren Ansichten über die zu unternehmenden Schritte einzufordern.

Aus dieser Notiz geht so viel hervor, daß das Reichsernährungsministerium seine ursprüngliche Absicht, auf Grund des Ausschlußbeschlusses den Preis für das erste Umlagebrötchen selbstherrlich zu erhöhen, zunächst zurückgestellt hat. Der energische Einspruch der Sozialdemokratie hat Herrn Febr doch in seiner Gottähnlichkeit bange werden lassen. Aber mit einem Aufschub der Erhöhung um wenige Wochen ist der Bevölkerung natürlich nicht gedient. Die Sozialdemokratie muß weiter auf der Wacht bleiben, daß der geschwundene Ausschlußbeschuß nicht in die Tat umgesetzt wird. Dies um so mehr, als selbst bürgerliche Blätter das katastrophale dieses Beschlusses einzusehen beginnen. Das „Berliner Tageblatt“ äußerte sich in seiner Dienstagausgabe dahin, daß die vom Ausschuß beantragte Verdreifung des Preises bei der allgemeinen Teuerung „für die städtischen Massen nicht tragbar ist“. Ähnlich wie die von uns bereits zitierte „Vossische Zeitung“ schlägt das „B. T.“ einen Mittelweg vor. Die „Voss. Ztg.“ bringt übrigens einen sehr instruktiven Artikel über die Hungersnot in Ungarn, die dadurch verschuldet ist, daß dieses Land mit seinen Preisen an die Weltmarktpreise herangegangen ist, ohne auf die Kaufkraft der Konsumenten Rücksicht zu nehmen. Wenn die „Voss. Ztg.“ feststellen muß, daß durch diese Preispolitik in einem der getreidereichsten Länder Europas eine förmliche Hungersnot hervorgerufen worden ist, so sollte das auch in Deutschland allenthalben zu denken geben.

Zum Hunger den Hohn.

Agrarier und Brotpreis.

Die „Deutsche Tageszeitung“ bekommt es in dieser Zeit maßloser Teuerung noch fertig, sich über die Bemühungen zur Niedrighaltung des Brotpreises lustig zu machen. Sie stellt eine Tabelle zusammen, in der sie darlegt, wie seit dem September 1921 allmählich der Preis für Markenbrot in Berlin von 6,95 auf 38 M. gestiegen ist, also auf das 5½fache.

„Das Doppelte der Umlage, billige und stetige Brotpreise zu verbürgen, ist ein zweiseitiger Traum geblieben. Der ruhende Pol des Brotpreises hat mit der Wirklichkeit nichts zu tun; er ist nur durch Ministerreden und in der Begründung der entsprechenden Regierungsvorlagen vor geduldigen Zeitgenossen auf geduldigem Papier geheselt worden.“

Das Agrarierorgan fügt zu der Hungerblockade, die es über die verbrauchende Bevölkerung verhängt, sehen möchte,

nach den Hohn. Wenn es meint, daß bei gleichem Umlagepreis auch der Brotpreis sich gleich bleiben müßte, so unterschlägt es dabei seinen Lesern die Tatsache, daß zur Herstellung des Brotes ja auch Auslandsgetreide gebraucht wird, das mit der Valuta nicht weniger gestiegen ist als der freie Getreidepreis.

Wären die freien Getreidepreise maßgebend, die jetzt nach der Besserung der Mark immer noch rund 14mal so hoch sind als vor einem Jahre — zeitweilig waren sie noch höher —, so müßte nach der Rechnung des Agrarierorgans das Brot heute rund um 100 M. kosten, während Markenbrot jetzt noch zu 38 M. verkauft wird.

Die Umlage hat also ganz wesentlich dazu beigetragen, den Brotpreis niedrig zu halten, und wenn das nicht noch mehr gelungen ist, so lag das daran, daß man die Umlage im Verhältnis zum Ernährungsbedarf des deutschen Volkes viel zu gering bemessen hat. Die bürgerlichen Parteien mit ihrer Vorliebe für die freie Wirtschaft waren es, die die Umlagemengen entgegen den Anträgen der Sozialdemokratischen Partei so gering bemessen haben.

Diese Tatsache zu verheimlichen, haben allerdings die Agrarier allen Anlaß. Ihnen schwebt als Endziel nur der Valutapreis für die gemelte Ernte vor, und sie nennen ihn „Wiederbeschaffungspreis“, obwohl sie weder für die Löhne noch für die im Inland erzeugten Waren die Weltmarktpreise zu zahlen haben. Ihre bewußt unwahre Agitation muß deshalb niedriger gehängt werden.

Wilhelms Heirat — Verzicht!

Die Nachricht von der Wiedervermählung des Kaisers wird in der monarchistischen Presse mit gemischten Gefühlen aufgenommen. Während der größere Teil der legitimistischen Presse die Hauptkraft auf die Dementierung der Nachricht verwendet, daß Wilhelms Heiratsprojekt einen Familienzwist mit seinen Söhnen hervorgerufen habe, sieht die schwerindustrielle „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ die Sache von der politischen Seite an und schreibt:

„Wollte man diese Angelegenheit politisch ansehen und beurteilen, so müßte man aus der Handlungsweise des ehemaligen Kaisers den Schluss ziehen, daß er endgültig jede Hoffnung aufgegeben hat, noch einmal auf den Kaiserthron zurückzukehren. In dieser Einsicht könnte man ihn nur beglückwünschen, da tatsächlich im gegenwärtigen Augenblick eine derartige Entwicklung von jedem praktischen Politiker als ausgeschlossen angesehen werden muß.“

Diese deutliche Aufforderung eines rechtsstehenden Blattes an den Kaiser, zu bleiben wo er ist, kennzeichnet klar den Zwiespalt, der durch die monarchistische Agitation geht. Social Kämpfers auch von der „alten Herrlichkeit“ gemocht wird, will doch niemand im monarchistischen Lager — ein Häuflein verächtlich Begünstigter viel leicht ausgenommen — ernsthaft den Repräsentanten der „alten Herrlichkeit“ zurück haben. Es war am Ende Wilhelms Regierung gar nicht so herrlich, wie die Monarchisten immer behaupten?!

Eine deutschvölkische Parteiorganisation!

In der „Deutschen Zeitung“ wird die Gründung eines „Deutschen Freiheitsbundes“ angezeigt, der die „Verwirklichung des deutschvölkischen Staatsgedankens“ anstrebt. Die „Deutsche Zeitung“ will nicht wissen, ob bekannte Männer und welche hinter dieser Gründung stehen. Es liegt aber die Vermutung ziemlich nahe, daß es sich hier um die Gründung einer selbständigen deutschvölkischen Parteiorganisation handelt, von der hier schon öfter in Verbindung mit den Namen von Dewig, Sontag und (wie immer im Hintergrund) Lubendorf die Rede gewesen ist. Möglicherweise soll auch ein Ersatzgebilde für die verbotenen deutschvölkischen Bünde (Schuh- und Truhband, Verband nationaler gestimmter Soldaten usw.) geschaffen werden.

Berichtigung. Im Beirartikel der Dienstag-Morgenausgabe ist die tabellarische Darstellung des Steigens der Inbezugspreise durch zwei Schreibfehler getrübt worden. Am Schluss der ersten Seite ist auf der dritten Zeile von unten statt Monate September-Oktober April-Oktober, auf der letzten Zeile ist die Zahl 20 619 M. zu ersetzen durch 23 619 M.

Der gut angezogene Herr.

Von Joseph Roth.

Der gut angezogene Herr kommt bereits in den Zeiten der gemäßigten Bourgeoisie vor. In zahlreichen Exemplaren und verschiedenen Schattierungen ist er in den Straßen Berlins zu sehen und in den Modejournalen, in denen geistige Arbeiter sozialgenuss der Rot der deutschen Presse die Tugenden des gut angezogenen Herrn herauszuheben bemüht sind.

Der gut angezogene Herr unseres Jahrhunderts schont seine Schultern gegen den Druck eventueller Verantwortung durch die logische Schicht an entsprechender Stelle eingetauhter Wollstoffe. Dadurch erweitert sein Oberkörper den Einbruch einer knochentrotzenden Männlichkeit. Der kurze Halskragen, den fürchterlich auf- und abstoßenden Adamsapfel freilassend, weist mit zwei scharfen Spitzen in das Innere der Weste. Der „Selbstwinder“ hat häufig die auf-fallende Färbung eines künstlich mit Aineal und Zirkel gezeichneten Feuerfalamanders.

Auf dem Kopf trägt der gut angezogene Herr einen breitrandigen Filzhut, dessen Wölfe von einer im inneren Hohlraum sitzenden Schmale zusammengehalten wird. Ein seidenes Taschentuch liegt mit violetter Leiste aus der linken oberen Rocktasche.

Während verjüngt sich der gut angezogene Herr. Seine Hofe, um die Oberschenkel noch schlängelnd, wird schmal in der Nähe des violett bekleideten und über dem Halsbügel sich erhebenden Fußknöchels. Die Kürze der Hofe mildert den gewalttätigen Eindruck des oberen Menschen und reduziert gerechterweise die Persönlichkeits zum Jüngling, der den Kinderhofen kaum entwachsen ist.

Die Halbfüßler sind gelb und braun und haben flache Abätze, die den gut angezogenen Herrn zwingen, sein Schwergewicht der Ferse anzuvertrauen. Das läßt er mit Eleganz und Ausdauer in vielen abendlichen Foxtrottsstunden. Denn das Natürliche verschmähte er gewiß, würde es ihm nicht auf dem Umweg über die Mode beigebracht.

So schließt der gut angezogene Herr über die Straße mit rudern Armen, die die Lehnlichkeit seiner spitzen Schmalhalschube mit Rücken bedeutend verstärken. Reifeberne Handschuhe von lamariengelber, geradezu zwitschernder Farbe verbergen die polierte Maniertheit seiner reiflos uniatigen Hände. Von seiner Handschuh-Arbeit lebt der gut angezogene Herr.

Mit Vorliebe läßt er sich auf ausschweifenden Cafeterrollen nieder und, wenn es kälter wird, in der Heulstunde hinter einer grauen Spiegeltheibe, durch die er gern die Welt betrachtet. Da sieht er einen humpelnden Krüppel, dort einen blinden Bettler, drüben eine haltende Näherin. Diese könnte man ansprechen, jene beschämen. Ein Blick auf die Wärmefloskel der Nasen im eben erschienenen Abendblatt überzeugt ihn von der Sicherheit seines Wohlergehens. In zeitlicher Parallele zum Dollar macht er Karriere. Die Straßlichkeit seines Lebens ist niemals strafbar.

Epektisch blättert er in den Journalen der eleganten Welt, deren Gegenstand er selbst ist. Was soll er ihnen für die Wintermode vorschreiben, auf daß sie es ihm wieder vorschreiben? Sollen die Kronspitzen noch mehr auseinandersehen? Sollen ein buntes oder einfaches Band den Hut zieren? Zwischen einer perl- und einer

dunkelgrauen Hofe schwankt er unentschieden, bis ihn der Klang seines Selbstwunders aus fruchtlosen Sinnen reißt.

Seine Gedanken wandern Morgs seitens Strümpfen entgegen, die er in dieser Saison zu Lieben gedankt.

Relativitätstheorie und Naturforschertag.

Aus Leipzig wird uns geschrieben: Die Relativitätstheorie war das Verhandlungsthema der ersten allgemeinen Sitzung des Naturforschertages. Den Teilnehmern wurden am Eingang Zettel in die Hand gedrückt, in denen eine Anzahl Physiker, Mathematiker und Philosophen entchiedene Bemerkungen gegen die Wahl dieses Themas durch die Leitung der Gesellschaft einlegten. Unter den 19 Unterzeichnern findet sich nur ein Name von wissenschaftlichem Rang, der Physiker Lenard, der sich leider ebenfalls wie in nationalpolitischen Politik in eine unfruchtbare Gegnerschaft zur neuen Physik veranlaßt hat. Die Unterzeichner behaupten, daß die Relativitätstheorie nur als unbewiesene Hypothese angesehen werden könne und sogar als eine im Grunde verkehrte und logisch unhaltbare Fiktion abzulehnen sei. Die ganze Bösartigkeit dieses Vorwurfs, auf den die Vortragenden im Saale natürlich gar nicht eingingen, ergab sich aus den schlichten Vorträgen selbst.

Prof. v. Laue, Berlin, der über das Thema „Die Relativitätstheorie in der Physik“ sprach, schilderte, wie diese Theorie neue Antworten auf uralte Fragen zu geben sucht. Bei Angaben über eine Geschwindigkeit muß ja stets gesagt werden, in bezug worauf die Geschwindigkeit gemeint wird, und somit ist, rein logisch betrachtet, eine absolute Geschwindigkeit oder Bewegung ein Widerspruch. Denkbar wäre es aber, durch Bewegung Veränderungen in einem Körper hervorgerufen werden. Bei gleichmäßiger geradliniger Bewegung ist derartige nie beobachtet worden, und somit steht die sogenannte beschränkte Relativitätstheorie im Einklang mit der Erfahrung, wenn sie die Feststellung einer absoluten gleichmäßigen Bewegung für unmöglich erklärt. Eine starke Stütze findet diese Theorie in der Tatsache, daß alle Versuche, eine absolute Bewegung der Erde gegen den Äther festzustellen, mißglückt sind. Den Äther nahmen die Physiker an, um sich ein Bild von der Ausbreitung der elektromagnetischen und der Lichterscheinungen im leeren Raume machen zu können. Aber die Bewegung der Erde gegen diesen Äther festzustellen, ist stets mißlungen, und so kommt die Relativitätstheorie dazu, den Äther für überflüssig anzusehen, als keinen Träger für die Erscheinungen zu suchen, sondern die elektromagnetischen Felder und später in der allgemeinen Relativitätstheorie auch die Schwerkraft als die einzigen beobachtbaren Elemente der Welt anzunehmen. — Die beschränkte Relativitätstheorie findet unter ernst zu nehmenden Physikern heute kaum noch Widerspruch. Anders ist es mit der sogenannten allgemeinen Relativitätstheorie und ihrer Antwort auf die alte Frage nach dem Wesen der Schwerkraft. Hier ist sicherlich das letzte Wort noch nicht gesprochen, aber es bewährt sich auch hier die Theorie als eine archaische Triebkraft für die Fortschritt, die, wie auch schließlich das Ergebnis sein mag, die Wissenschaft wesentlich bereichern wird.

Dann sprach Prof. Schilb-Kiel über die Relativitätstheorie in der Philosophie. Er zeigte, wie gerade die philosophischen Tendenzen dieser im Gebiet der reinen Physik ent-

standenen Theorie es sind, die das Interesse aller Gebildeten erregen. Gerade diese Theorie hat von neuem bewiesen, daß man in der Wissenschaft an alle, auch die ganz selbstverständlich erscheinenden Voraussetzungen, die Sonde der Kritik anlegen muß, und diese Kritik hat zu einer Ummwälzung in unseren Raum- und Zeitanschauungen mit logischer Notwendigkeit geführt. Von jeher haben die Menschen hinter den Erscheinungen etwas gesucht, eine mythische Substanz als Träger der Erscheinungen annehmen zu müssen geglaubt, ohne doch sagen zu können, was diese „Substanz“ oder das „Ding an sich“ oder wie immer es bezeichnet werden möge, denn eigentlich für einen Sinn haben solle. Demgegenüber betont die log. positivistische Richtung in der Philosophie, die Philosophie der reinen Erfahrung, daß alle solche Fragen nach einem mythischen Wesen der Dinge im Grunde verfehlt sind. Was sich nicht nachweisen läßt, darf nicht als existierend angenommen werden, ist eine philosophische Grundforderung Einsteins; was nicht untersehbar ist, darf nicht als wesenst- verschieden betrachtet werden, ist eine zweite philosophische Forderung Einsteins, aus der er auf die Identität von Schwere und Trägheit schließt. In beiden Forderungen trifft er zusammen mit der Philosophie der reinen Erfahrung, in welcher die beobachtbaren Erscheinungen selbst als die letzten Elemente für unser Weltbild betrachtet werden. Diese Elemente sind nicht irgendwelche mythischen Substanzen, sondern beobachtbare Ereignisse, Komplexe von Geschehnissen. Somit hat die Relativitätstheorie sehr erheblich zur Überwindung der Trennung von Naturforschung und Philosophie beigetragen, die Naturforschung ist wieder philosophisch geworden und die Philosophie hat sich wieder auf den Boden der exakten Fortschritt zurückgefunden.

Große Volkoper. Nach dem französisch-deutschen „Camison“, der der Vermählung anheimfallen dürfte, der italienische „Traubadour“, der unermüdet ist. Italienisch war allerdings nur das Tempo, das der Kapellmeister Pratorius anzuschlagen versuchte. Er kam nie recht in Kontakt mit den Darstellern, die mit dem Stottern der off sehr deutsch und temperam- mentlos klangen. Alles freute sich seiner Gangnummern, an denen ja dieses komplizierte Theaterstück so reich ist. Man versah dabei nur, daß der Theatermenschen Verdi auch Aktion, Haß, Blut und Bewegung in seine Melodien gefügt hat. Zumessen streifte die Automatenhaftigkeit der Handenden schon das Romische. Im Werk stehen Manrico und Luna als Gegner da; Tenor gegen Bariton, Bruder gegen Bruder. In der Aufführung siegte das Weib, die Leonore, Ferra Malina. Zwar ist ihre Ausdruckskraft minimal und ihr Spiel eine einzige Verlegenheit. Doch ihre Stimme hat Schmelz und Weichheit und Klang. Aus dem Tenor Oskar Eisenberg war nicht Flug zu werden. Für den großen Raum ist die Stimme entweder viel zu klein oder er markierte nur oder er unterschätzte die Akustik. Darstellerisch blieb er marionettenhaft. Der Graf Luna von Eiderens litt an ungenauem Gehör. Seine schöne und schmelzende Geklungene Kantilene des zweiten Aktes wäre sonst ein Do-capo-Stück gewesen. Die Azucena (Ludmilla Dokal) machte große Anstrengungen und wirkte trotz der Nähe ihrer hohen Töne echt. In allem war Fleisch und guter Wille, der sich nach nicht zu Ende gerungen hat. Die Gefänge waren gut. Spielleitung und Regie tun nur noch not. Die gedämpften Bilder Strohsack gesehen. R. S.

Was man sich versagen muß.

Was ist heute ein Tausender? Bald wird er, wenn es in der Welt des Geldmarktstößen so weiter geht, der Mindestlohn sein. Papiergeld ist nur noch der Inbegriff von Nullen. Sorglos gibt Mutti ihrem noch die Schulbank drückenden Sprößling einen dreimal genullten Papierchein zum Wechseln mit. Das kleine Einmaleins gehört einer verklungenen Epoche an. Nur das große und die vier- und fünfstelligen Zahlen kann man noch imponieren. Und trotzdem müssen wir selbst mit einem runden Jahreseinkommen von hunderttausend Mark uns das meiste versagen. Wir leben nicht mit Genuss und Freude an der Welt... wir vegetieren nur und pendeln als papierne Zukunftsmillionäre aus einem Dalles in den anderen.

Tischlein, deck' dich!

So richtig satt wird man schon längst nicht mehr. Es ist magenpeinlicher als im Kriege. Demals hatten wir nichts zum lustigen Einkauf und gewöhnten uns an die Darmverfäulnisse von Rohkrüben. Heute sind die schönsten Lebensauslagen für den täglich zum Narren geholtenen Geld- und Regenbeutel wie eine Gata Morgana. Ich bedaure die Jungfrauen. Sie können beim besten Willen allenfalls nur eine junge oder alte Wittib mit Wohnung im zweiten Eßloch schmieden und müssen im Restaurant für 80-100 M. halb hungrig vom Mittagstisch aufstehen. Bei Muttern zu Hause ist es sich wesentlich billiger. Am Sättigungsgefühl fehlt auch hier oft eine ganze Menge. Es fehlt die Kraftnahrung. Was am besten nährt, ist am teuersten, auch wenn es auf dem lieben deutschen Markt ohne Balutafschmerzen gedeiht. Der Wucherer und Schieber weiß schon, wo er seine Krallen am vortheilhaftesten ansetzt. Selbst den simplen Hering hat er auf den gefolgten Preis von 16-20 M. hinaufjagiert. Fleisch gibt es allwöchentlich höchstens einmal. Wurst, Speck, Eier Käse... ach, lieber Märchengeld aus der frühlichen Jugendzeit, erfüll mir doch nur am Sonntag dein Sprüchlein vom Fischchen, deck' dich! Wir „Freuen“ uns über den Topf voll Kohl, der 60-80 M. kostet, mit einem halben Pfund Knochen lieblich fett gekocht, und über die Halswürger, die man saftige Margarine-Bolzen nennt. Eine Birne, die der Baum ohne Gesteckungsstoffe heuer nur für einen Papiertaler wachsen läßt, ersetzt den Nachtisch. Warum werde ich nicht ganz Vegetarier? Ja, was fehlt denn noch davor? Der Pflanzenerwerber wird heute auch nicht fett und klagt über Mangel an Kraft. Wie vier Wochen lasse ich mich wiegen wie die schwammige Frau Schieberich, die zur Entfaltungsur nach Marienbad war, und stelle regelmäßig ein neues Mantel von fünf Pfundchen fest. Man sagt, beim Verlust von mehr als einem Drittel seines Normalgewichts könne der Mensch nicht mehr leben. Das ist doch noch so etwas wie Hoffnung. Und das alles mit hundert Tausendmarktscheinen pro Jahr in der Tasche.

Verbrauchtes und Gebrauchtes.

Unsere Hausfrauen sind Wirtschaftssaristinnen geworden, mehr noch als im Kriege. Wo nicht die „dicke Marie“, die stets stramme Brüste, zu Hause ist, machen sie das Unmögliche möglich, um die Hauswirtschaft, ihr Heim und auch den äußeren Menschen nicht verkommen zu lassen. Wir sehen soviel schicke Kleidung, besonders bei der Jugend, was ja ein zeitgemäßes Kapitel für sich ist, und auch die vielen Geschäfte für Wohnungseinrichtungsgegenstände aller Art wollen leben, aber in den meisten Haushaltungen ist das Wünschen weicher als je vom Anschaffen eufseral. Ehestand ist Wehstand geworden im Punkte der Selbsterhaltung, und trotzdem „manifestiert man sich durch“. Aus zerhackten Gardinen werden Gardinen, aus zerhackten Gardinen werden Brise-Brise-Berhänge, und ohne das Oberlicht gäbe es nach abermaliger Wandlung vielleicht noch eine Badedolche. Leib- und Bettwäsche wird immer fadenscheiniger, man schläft vielfach schon ohne Kissen, ohne Bezüge, trägt die Oberbekleidung auf nacktem Körper. Mutter kommt aus dem Frieden nicht heraus und Vater sagt immer wieder: „Ich kann doch für ein einziges Hemd nicht tausend Mark bezahlen!“ Alle Anzüge sind geworden, alle Hüte umgepreßt. Ob sich das Experiment noch einmal rückwärts wiederholen läßt? Heute kostet ja schon das Umwenden zwanzigmal mehr als früher die ganze Klust. Einen nagelneuen Anzug, der zurzeit 30 000 M. kostet, kann sich der Arbeiter überhaupt nicht mehr leisten. Es wird demnach schon die größten Schwierigkeiten machen, das nötige Schuhwerk zu besorgen, wenn ein Paar Stiefelohlen die Kleinstgröße von 975 M. kosten. Wir führen mit unseren schiefen Absätzen länger als sonst den Beweis, daß die Erde rund ist, und machen auch an den Sohlen die verzweifeltsten Fä-

funststücke. In der Wirtschaft hält auch nichts für die Ewigkeit. Worauf die Hausfrau einst so stolz war, zeigt Löcher und Sprünge. Sie bastelt, stiftet, leimt... „Bruch“ auf der ganzen Linie.

Vergnüglicheres.

Zu allen Zeiten hat es Menschen gegeben, denen ein Tag ohne Vergnügen als verloren, als nicht gelebt gilt. Sie pfücken zu jeder Stunde die Früchte vom Baum des Egoismus, haben keinen Sinn für das Wohl der Allgemeinheit und wollen in dulci júbilo sterben. Das wertvolle Volk kennt die Schlemmerstätten, an denen ohne jedes Begriffsvermögen für den Ernst der Stunde der Tanz um den Dollar rost, nur vom Hörensagen. Es muß schon auf harmloseste Vergnügungen und Zerstreungen, die zum Menschenrecht gehören, verzichten. Gesellschaftliche Maßnahmen gegen die Trunksucht werden zunächst kaum nötig sein. Große und kleine Gastwirte klagen über Mangel an vielverzehrenden Gästen. Wer früher fünf Glas Bier trank, trinkt nur noch eins oder höchstens zwei. Nur die Unverbesserlichen fragen nicht nach dem Preis. Cafés und Konditorien, aus Gewinnlust aufgemacht, müssen schon jetzt vom Gewinn kräftig zusehen und stehen vor der Frage baldiger Schließung. Auch in den Sommerlokalen eisernerer Druckschaften geht der Freizeiter um. Nur solche Lokale dicht bei Berlin halten sich über Wasser, weil sich auf sie infolge der hohen Eisenbahnfahrpreise ein stärkerer Besuch konzentriert hat. Viele Vereine haben ihre Wintervergünstigungen aufgegeben oder Einschränkungen beschlossen. Die Saalbesitzer können nicht, wie im Kriege, Lazerette aus ihren Sälen machen. Bei Versammlungen haben die Keller alle Mühe, hundert Glas Bier loszuwerden. Die Mitglieder der Entente-Kommissionen, die von unseren Reichskümmern träumen, könnten das alles sehr gut wahrnehmen, wenn sie zum Volke herabsteigen und nicht immer nur am Berliner Zentrum und an Wild-West, dem Dorado der Ausländer, Wucherer und Schieber, wo man sich nie langweilt, kleben bleiben wollten.

Die geistige Nahrung.

Da liegt für jeden, dem nicht der Stumpfsinn ein Vergnügen ist, der empfindlichste Verzicht. Die Sprechbühnen sind vielen Tausenden, die mit dem Fünfsigmarcktschein noch mehr rechnen müssen, als einst mit dem Groschen, verschlossen. Gute Bücher sind enorm teuer geworden. Wer nicht Mikroskopstuten durch die Gurgel rinnen läßt und lieber für Wissensdurst eingenommen ist, kann sich nur hin und wieder die Anschaffung eines guten Buches gönnen. Mein Freund fiel platt auf den Rücken, als er über 300 M. bleichen sollte für fünf vor länger als 10 Jahren gedruckte „Ladenhüter“, die im Frieden zusammen 12,50 M. gekostet hätten. Der Preis war für die älteste Ausgabe lustig mit dem Dollar geklettert. Armer Dichter, wenn du das an deinen Geisteswerken höchst erleben können! Immer ärgere Kopfschmerzen machen sich auch Eltern darüber, woher sie das Geld zu den nötigsten Behelfen für ihre Kinder nehmen sollen. Selbst der Buchpump ist kostspieliger geworden. Die vielen kleinen Wintertelbroschüren fordern für den größten Teil 3-5 M. Uebungsgebühr, was den Verdauern solcher Kost allerdings weniger schadet als die Gehirnverlebung. Nun erst die Not der Zeitungen und Zeitschriften, der großen Beistücke, ohne die ein Volk wie das unsrige rückwärts schreitet und ein Stück Lebensenergie zerschneidet. Jeden Tag muß es jetzt in die Welt hinausgebrüllt werden: Schützt unsere Presse vor dem Untergang... laßt euch nicht das Kampfmittel rauben, durch das ihr groß geworden seid! Verzagt euch Bier, Schnaps, Zigarre, Konfekt, aber verzagt euch nicht die geistige Nahrung aus jener Nacht, mit deren Sterben auch ein Teil eures Lebensglüdes stirbt!

Tote Blätter.

Die große Ulme steht unbewegt, denn der Wind schläft. Kein Blatt regt sich. Plötzlich gibt es einen ganz leisen aber in der großen Stille vollkommen deutlich hörbaren Knack. Unmittelbar darauf fällt ein Blatt zur Erde. Senkrecht und pfeilschnell faust es hinab. Die Stille draußen, der leise Knack und der jähe Abwurf des Blattes bringen eine merkwürdige Unruhe ins Blut. Immer noch ist es ruhig draußen, aber die Rerren lauschen gespannt in das Blättergewirr. Da... wieder... ein leises Geräusch... gleich darauf, derselbe geschwinde Fall eines Blattes. Und nun sudet der Blick den Boden und gewahrt dort unten viele viele Blätter, nicht wenige noch ganz grün, aber die meisten gelb. Gestorbene Blätter. Tote Blätter. Das ist der Herbst! Wie lange hat man sich da-

gegen gestraußt. „Es ist ja noch Sommer!“ So viele Tausende sind doch noch draußen zur Ausruhe und Erholung in der — Sommerfrische, die eigentlich schon seit dem Juli eine Herbstfrische war.

Niemandem ist es recht zum Bewußtsein gekommen, daß wir von der Höhe des Jahres bereits ein volles rundes Vierteljahr entfernt sind und daß uns nur noch ein gleiches Vierteljahr von der Tiefe trennt. Wir befinden uns in jener Zeit, die der Astronom Aequinoctium, das ist Nachtgleiche, nennt. Tag und Nacht halten sich jetzt die Wage, denn die Sonne geht etwa gegen 6 Uhr auf und gegen 6 Uhr unter, so daß der Tag 12 Stunden und auch die Nacht 12 Stunden hat. Dieser Zeitpunkt, an dem das Jahr von seiner Jugend und Schönheit Abschied nimmt und sich zum langsamen Abstieg anschickt, zeichnet sich auch vielfach durch heftige Stürme und Unwetter aus, die besonders den Seefahrern viel zu schaffen machen. Aber auch die Landratten verspüren den Herbst, der wiederum nur ein Vorreiter des Winters ist. Aeltere dunkle Parolen, aus ebenso dunklen Quellen stammend, laufen um: „Wir werden einen Hunger- und Sommerwinter erleben wie nie zuvor!“ Man erinnert gern an den wirklich grauenhaften Hunger- und Winter des Jahres 1817, vier Jahre nach dem Befreiungskrieg. Mag dieser Winter nun in der Tat ernst und schwer werden, so ist doch kein Grund vorhanden, heute schon zu verzagen und sich in Angst zu verzehren. Auch in der größten Not darf man nicht an den Zukunft seines Volkes verzweifeln. In unserem naturwissenschaftlichen Zeitalter nehmen wir uns doch sonst so gern die Natur zum Vorbild und die zeigt uns, daß nach jedem Herbst und jedem Winter auch wieder ein Frühjahr kommt. Und die Natur sorgt liebevoll auch für Liebergänge.

Am Potsdamer Platz freilich und in den Innenstraßen hat der herbe Herbst die Bäume bereits tüchtig gerupft. Aber draußen in den weiten Buchenwäldern ist noch alles sommerlich grün. Nur hier und da kommt verträutes Gelb auf. Wer also will, daß der Herbst noch nicht kommt, der jähre hinaus und suche in den Wäldern die Illusion des Sommers. Noch ist es Zeit. Tote Blätter dürfen den Lebenden nicht schreden, denn sie haben ihren Zweck erfüllt. In den Blattachsen, aus denen sie sich vom Stiel lösten, sitzen bereits winzig klein die Blattknospen für den nächsten Frühling!

Der zukünftige Wohnungsbau.

Hauptfachliche Kapitalquelle bleibt die Wohnungszugabe.

Zur Prüfung der Frage, wie der Wohnungsbau weiterhin zu finanzieren ist und welche Maßnahmen erforderlich sind, um eine sparsamere Verwendung der öffentlichen Mittel für den Kleinwohnungsbau zu sichern, hat kürzlich ein vom Wohnungsausschuß des Reichstages eingesetzter Unterausschuß getagt. Zu den Beratungen waren außer den beteiligten Dienststellen Sachverständige aus den in Betracht kommenden Kreisen des Wohnungswesens und der Baustoffwirtschaft herangezogen.

Nach eingehenden Beratungen hat der Unterausschuß sich dahin entschieden, daß an der Finanzierung des Wohnungsbau es in der bisherigen Weise grundsätzlich festzuhalten und hierzu die Wohnungszugabe als hauptsächlichste Kapitalquelle weiter auszubauen sei unter möglicher Wahrung der sozialen Gesichtspunkte. Die Mehrheit der Ausschussmitglieder war der Ansicht, daß die bisherige Bewirtschaftungsform des Wohnungswesens beibehalten werden müsse. Auch die Frage, in welchem Umfang noch vorhandener Raum zum Ausbau von Wohnungen herangezogen werden kann, wurde untersucht. Eine besonders eingehende Aussprache fand über die Fragen der Baustoffwirtschaft statt, vor allem darüber, wie von Verbraucherkreisen auf die Herstellung, Verteilung und Preisgestaltung der Baustoffe Einfluß gewonnen werden könnte. Das Ergebnis der Beratungen des Unterausschusses soll nunmehr zunächst dem Wohnungsausschuß des Reichstages vorgelegt werden, der sodann darüber Beschluß fassen wird, welche Maßnahmen dem Reichstag zur Durchführung empfohlen werden können.

Zwischen Puffern zermalmt. In der Schwarztopffischen Fabrik, Wert Müldau, ereignete sich am Montag ein furchtbarer Unglücksfall. Der 26jährige Arbeiter B. Lehmann wurde von den Puffern zweier Eisenbahnwagen erfasst und hochstößlich zerquetscht. Der Tot trat auf der Stelle ein. Lehmann war seit drei Monaten verheiratet.

12) Sachawachial der Eskimo.

Von Einar Mikkelsen.

„Ach, sei doch still,“ brummte Joe, „du weißt ja ganz gut, daß ich Igluruk nehme, ich bin doch hübscher als du. Glaubst du wirklich, das Mädel wird zu dir kommen, so wie du aussiehst? Sieh mal!“ Joe ergriff einen Spiegel, der an der Wand hing und hielt ihn ihm vors Gesicht. „Sieh mal deine Frage an, glaubst du wirklich, daß du dir das schönste Mädel nehmen kannst?“

Jim mußte seinem Kameraden recht geben, denn es war wirklich kein schönes Gesicht, was er im Spiegel sah; krauses, rotes Haar, düstere, feuerroter Bart, eine Nase, die bei einer Schlägerei gebrochen und wieder schief zusammengewachsen war, und dann eine große, rote Narbe unter dem rechten Auge, so sah Jim Hadlett aus. Mit einer ärgerlichen Bewegung schlug er nach dem Spiegel, der ihm von dem ständig grinsenden Joe vorgehalten wurde. „Nimm ihn weg, Joe, nimm ihn weg, es lohnt sich nicht, noch mehr davon zu reden, aber reich werden will, darin müßt du mir doch recht geben!“

Und während Trauer in allen Hütchen von Ruwuk herrschte, saßen der schwarze Joe und Jim Hadlett drinnen bei sich und tranken Whisky, tranken in aller Ruhe die ganze Nacht durch, während sie von der goldenen Zukunft sprachen und schöne Träume von der Nacht des Geldes träumten.

Das wurde der schwerste Winter, den man je in Ruwuk erlebt hatte. Das Eis blieb dicht am Lande liegen, die Jagd war schwierig, und Seehunde gab es nur wenige, so daß, als die Sonne hinter dem südlichen Horizont versank, und das Eis den Himmel und den Schnee golden färbte, die Proviantdepots geleert waren.

Nun hatten die Weißen die Oberhand, und der eine nach dem anderen von den Eingeborenen ging zu Jim Hadlett und Joe über, die versprochen, sie bis zum kommenden Frühjahr zu unterhalten, wofür sie zu arbeiten und in ihren Umials auf den Fang zu gehen hätten, wenn der Wal sich wieder auf seinem Zuge befand.

Eines schönen Tages kam Sachawachial als der letzte von Ruwuks selbständigen Männern. Er wollte Mehl für Igluruk kaufen, konnte aber keines erhalten. „Sieh einmal, Sachawachial, kommst du nun auch?“ lachten die Weißen, „es ist

das erstemal, daß du in unserer Hütte bist, obgleich wir über ein Jahr lang Nachbarn gewesen sind, nein, du mußt uns richtig besuchen und Igluruk mitbringen, eher kannst du nichts kaufen!“

Die Frau wollte Mehl haben und ließ den armen Mann nicht in Ruhe, also kam er eines Abends. „Jetzt, Jim, komme ich auf Besuch und habe Igluruk mitgenommen, kann ich nun Mehl kriegen?“

Das war Sachawachials erster Gang nach dem Hause der Weißen, aber es blieb nicht der letzte. Er mußte an die fünfzig Leute unterhalten, und das war teuer. Erst kauften sie seine Barten für beinahe gar nichts, dann nahmen sie seine Pelze — aber er kam wieder, jetzt nicht mehr als Ruwuks erster Mann, sondern als ein armer Eingeborener, der, den Schlitten mit Barten und herrlichem Pelzwerk gefüllt, die Weißen um Essen für sich und die Seinen anstehete.

Stets war Igluruk mit ihm; und es wurde mehr und mehr zur Gewohnheit, daß der früher so mähige Mann bei den Weißen blieb und trank, von ihrem Biste trank, nur um zu vergessen, nur um seine Unruhe zu beschwichtigen, aber doch nicht mehr, als daß er noch auf Igluruk aufpassen konnte — denn es behagte ihm nicht recht, die vielen Geschenke zu sehen, womit Jim Hadlett und der schwarze Joe seine Frau überschütteten.

Und häufiger kam er, je mehr sich der Winter in die Länge zog. Mr. Hastings hatte sich längst davongemacht als Schmalhans Küchenmeister in Ruwuk wurde; er war zu Schlitten nach Point Hope gefahren, zu Freunden, zum Essen, und es gab keinen, der Sachawachial halten konnte — er sank, sank rasch!

Seine Barten waren verkauft, seine Felle lagen jetzt in dem Haus, das die Weißen gebaut hatten, um die große Menge Waren aufzunehmen, die sie für einen Spottpreis kaufen konnten, er hatte nun nichts mehr übrig als seine fünf Umials mit Ausrüstung; gingen auch die dahin, schwand seine letzte Hoffnung auf Fang im kommenden Frühjahr.

Aber Igluruk wollte Mehl und Zucker, Kaffee und Tee haben; sie liebte den Spiritus der Weißen und ihre schönen Stoffe, und sie quälte ihren Mann, bis er den schweren Gang antrat. „Was gebt ihr für einen Umial?“

Er bekam ein paar Säcke Mehl — und viel Spiritus —, er sank, sank rasch, ohne Widerstand, ohne eine rettende Hand, die ihn betzeten aufhalten konnte, Igluruk mochte nicht ohne

die Herrlichkeiten der Weißen sein, und jetzt war sie diejenige Frau in Ruwuk, die die schönsten Sachen der weißen Männer trug. Sachawachial bezahlte!

Die Bootsbemannungen wurden ihm abtrünnig, eine nach der anderen. Wohl war Sachawachial ein guter Herr, aber nun hatte er kein Essen. Jim Hadlett und der schwarze Joe hatten welches — man hielt zu denen, wo man Essen bekommen konnte.

Als die Sonne wiederkam, war Sachawachial fertig. Alles hatten die unerfülllichen Weißen eingetauscht, bis auf seinen letzten Umial, und er selbst gehörte nun zu den Leuten der Weißen, wohl als einer der ersten unter ihnen, aber dennoch — niemals vorher hatte er für andere gearbeitet.

Das quälte ihn; er wurde still und mürrisch, aber Igluruk war vergnügt; sie lächelte, sie war jetzt diejenige von allen Frauen Ruwuks, die die Weißen am liebsten in ihrer Hütte sahen, und dazu kam, daß ihr der lustige Joe viel besser gefiel, als ihr eigener Mann, der nun so viele Jahre lang, ja, schon von ihrer Kindheit an, sie beschützte und behütet hatte.

Jetzt war sie nicht mehr stolz auf Sachawachial, ihr Auge folgte ihm nicht mehr wie früher, er war ja nun nichts Besseres mehr, als die anderen Eingeborenen, aber Joe, das war einer, und noch dazu ein Weißer, der ihr schöne Worte sagte, der auf merkwürdigen Instrumenten spielte und so hübsch singen konnte, aber besser als alles das, was sie am meisten schätzte, war, er hatte die Macht, zu tun und zu lassen, was er wollte.

Eines Tages, bald nachdem die Sonne nach ihrem langen Winterstafte hervorgekommen war, sah Sachawachial zu Hause in seinem Iglu und sah vor sich hin mit roten, rinnenden Augen, noch wirr im Kopfe nach dem Tringelage der letzten Nacht. Blöcklich kam ein Schlitten vor die Hütte gefahren und er hörte die Stimme des schwarzen Joe: „Sachawachial, komm heraus, ich will mit dir sprechen!“

Igluruk sprang auf und lief hinaus, Sachawachial folgte: „Was willst du?“

„Ja,“ antwortete Joe, „nun ist die Sonne gekommen, man könnte anfangen, Rentiere zu jagen, und hör mal, Sachawachial, Igluruk hat gesagt, sie möchte gern frisches Fleisch haben, ich nehme mich auch danach, und für zwanzig Rentierhäute will ich dir einen Umial mit Ausrüstung und voller Bemannung geben.“

(Fortsetzung folgt.)

Frauenarbeit.

Alpfpelzspitzen und Volkstunstickereien.

Die Frauen haben Interesse für Handarbeiten, in die sie ein Stückchen Liebe legen und bei denen sie ihren Schöpfungssinn betätigen können. Den stärksten Beweis hierfür erbringt eine reichhaltige Ausstellung von Alpfpelzspitzen in der Aula der Gemeindefeinde in der Wilmstraße. Die gezeigten Gegenstände sind in Arten der 1. Wahlortbildungsschule für Mädchen und Frauen, an denen sich Schülerinnen von 15 bis 60 Jahren beteiligen, angefertigt worden. Wie fast alles, so ist auch das Material, dessen man sich beim Spitzenklöppeln bedient, nahezu unerschwinglich teuer geworden. Doch genügen 50 Gramm Garn für eine Anfängerin vollst. Dafür lernt sie in einem Lehrgang, wie übersichtlich dargestellt war, 22 verschiedene Muster für den unterschiedlichsten Gebrauch. Während galt die Spitzenklöpperei hauptsächlich als Liebhaberei, doch bei der steigenden Not wird manche Frau ihr Können als Nebenverdienst ausnutzen. Die geeigneten Arbeiten werden ohne weiteres für sich. Man sieht Wäsche, die im Handarbeitskursus gefertigt wurde, Formlöppler, bei der jede Form für sich gearbeitet wird, genähte Spitzen und Fiselhandarbeiten, die der Kunsthandarbeitskursus beisteuerte. Die Klöppelspitze läßt sich allüberall verwenden. Künstlerische Begabungen können sich reichlich in diesen weissen Spitzenwundern ausleben, das zeigen prächtige Muster und Talent verratende Entwürfe, Geschmacksvolle Tee- und Kaffeewärmer können die Erlösung von den bald langweilig werdenden Teepuppen bringen. Tablettstücken halten unter Glas schöne Motive eingepaßt, so einen duftig-arten Klöppelspitzenmuster auf grünem Grunde, Meterispitzen zeigen, daß guter Geschmack und Haltbarkeit sich miteinander verbinden und von geschlossenen Fenstervorhängen wird man ohne Uebertreibung behaupten dürfen, daß sie die Blicke aller Passanten auf sich ziehen. Ein Bild aber ist ein zur Spitze gewordenes Märchen. Es zeigt Koffertypen und den Wolf.

Während nun die Klöppelspitzen weit in weit ihre Schönheit zeigen, fallen andere Handarbeiten, die bei Liey ausgestellt sind, durch ihre Farbendiversität auf. So vor allen Dingen die Arbeiten der ungarischen Hausindustrie. Was diese Volkstunstickereien, die auf beachtlicher Höhe steht, an Leuchtkraft festhalten und zu verwenden versteht, fordert immer und immer wieder Staunen heraus. Neben ihr, wesentlich bedeutender, zeigt sich die deutsche Feinweberei. Mit ihr kann man viel erzielen, dabei ist sie leicht, denn jede Frau und jedes Kind kann sie ohne weiteres arbeiten. Von zunehmender Beliebtheit zeugt die reiche Auswahl in Wolldarstellungen. Sie lassen sich eben überall verwenden, sei es nun an Kinderkleidern, Schuhen, Tischdecken oder Äpfeln. Man sieht Rosen und Blumen aller Art sowie Blätter auf Seide und Samt garniert, ja, auf einem großen Äpfel sogar einen aus Wolle eingewickelten Blumenkohl. Von Haarer, Anziehung gebender Eigenart sind feinerer Tücher, Wauerstickereien und kroatische Äpfel. Neu mutet die Metallstickerei an, und aus Goldfäden gefristete Decken erheben manchen Bewundernden Blick. Wahre Wunderwerke sind die altägyptischen Seiden-Pelzspitzenstickereien. Auf feinstem Seiden-Canevas hergestellt, sind sie nur unter der Lupe zu betrachten. Aber auch die Handweberei und zwar deutsche und rumänische kommt zu Ehren. Und die ausgefeiltesten Äpfel und Äpfel zeigen, daß man als Handarbeit dauerhaft und zugleich geschmackvoll sein kann. Koffertypen, deren Aufschaffung nur einem kleinen Kreise vergönnt ist, sind die Arbeiten in Lederstoff. Viele lustige Püppchen, mannigfacher Verwendungsart, verdanken ihre Existenz Kunstgewerbetlerin Eingebung und Gnade. Originell sind auch die Wattekleider. Ein solches Kleid wiegt, sage und schreibe, ganze 175 Gramm.

207 Millionen für Notstandsaktionen.

Der Stadtverordneten-Ausschuss zur Vorbereitung der Dringlichkeitsvorlagen des Magistrats über die Aufnahme von Notstandsaktionen: Bewilligung von vorläufig 60,4 Mill. Mark für die Milchverbilligung, Zuschüsse an Kindergärten und Horten, Kindererziehung, private Waisenhäuser, Fürsorgeerziehungsanstalten usw., sowie von 41 Mill. Mark zur Beschaffung von Brennmaterialien für Bedürftige, von 43 Mill. Mark für die offene Armenpflege, von 15 Mill. Mark zur Aufrechterhaltung der Armenpflege, von 5 1/2 Mill. Mark zur weiteren Abgabe des Essens der Volksernährung an Kindererziehung und von 17 Mill. Mark für Zwecke der allgemeinen städtischen Volksernährung hat diese Vorlagen mit einigen Änderungen angenommen; sie können nun morgen von der Stadtverordnetenversammlung verabschiedet werden. Oberbürgermeister Böhm, aus München zurück, verbreitete sich eingehend über die Verhältnisse des Vorstandes vom Deutschen Städtetag und über die geplanten Maßnahmen zur Linderung der durch die Teuerung entstandenen Not. Der Vorstand hat mit Rücksicht auf die allgemeine ungünstige Lage der deutschen Städte und der abnehmenden Haltung der Industrie einen telegraphischen Antrag der Reichsregierung unterbreitet, die deutschen Städte unerschütterlich und kräftig in ihrem Bemühen, der Not zu steuern, alle erdenkliche Unterstützung, besonders in finanzieller Beziehung, zu gewähren, damit keinerlei Verzögerungen eintreten.

„Deudereiartikel für Oberschlesien“.

Die geheimnisvollen Waffensunde in Neustolln.

Der Fund eines außerordentlich reichhaltigen Waffensagers, dessen Herkunft noch dringend weiterer Aufklärung bedarf, beschäftigte in einer Verhandlung die 1. Strafkammer des Landgerichts II. Wegen Vergehens gegen die Verordnung über die Waffensabgabe bzw. über den unbefugten Waffensbesitz, war der Führer Karl Müller aus Neustolln angeklagt.

Der Berliner Kriminalpolizei war bekannt geworden, daß sich in einem Keller des Hauses Prinz-Hanberg-Str. 66 ein größeres Waffenslager befände. Die sofort angeordnete Hausdurchsuchung hatte ein überraschendes Ergebnis. In einem von dem Angeklagten als Lagerkeller gemieteten Räume standen 10 große Kisten, die mit Waffen aller Art und Munition gefüllt waren. 4 Kisten enthielten u. a. Handgranaten mit Zündern, ferner wurden gefunden 5000 Schuß Maschinenwaffenmunition, 4000 Schuß Infanteriemunition, 2 Kisten mit Parabellum-Pistolen und Munition hierzu. Als die Polizei in die Wohnung des Müller eindringen wollte, schloß dieser Hals über Kopf und war zunächst 5 Monate verschlossen. Die späteren Ermittlungen ergaben, daß er sich nach der Tschechoslowakei gewandt hatte und dann, um sein Geschäft zu verkaufen, heimlich wieder nach Berlin zurückgekehrt war. Hierbei wurde er verhaftet. Für die zu Unrecht eintretende Vermutung, es handle sich um ein kommunistisches Waffenslager, ergaben die Ermittlungen keinerlei Anhaltspunkte. Der Angeklagte behauptete gestern vielmehr, eines Tages seien zwei unbekannte Männer zu ihm gekommen, die ihn nach einem Lagerraum für 10 bis 12 Kisten fragten. Die Kisten selbst habe er auf der Straße von einem anderen Führer in sein eigenes übernommen und nach dem Lagerkeller geschafft, ohne daß er den Inhalt als Munition kannte. Es wurde ihm vielmehr gesagt, es handle sich um Drudereiartikel für Oberschlesien. Staatsanwalt Stargardt beantragte mit Rücksicht darauf, daß ein derartiges Treiben einen hohen staatsgefährlichen Charakter trage, eine Gefängnisstrafe von 3 Jahren, während Rechtsanwalt G. Goldschmidt darauf hinwies, daß die Beweisaufnahme keinerlei Momente und Anhaltspunkte dafür ergeben habe, daß die Waffen gerade zu politischen Zwecken benutzt werden sollten. Das Gericht erkannte

unter Berücksichtigung der Ausführungen der Verteidigung auf eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr, von der 3 Monate als durch die Untersuchungshaft verbüßt erachtet wurden.

Was einer werden kann!

Ein mehrfach Vorbestrafter als Leiter einer Kriegsgesellschaft.

Die unglaubliche Tatsache, daß es einem schwer vorbestraften Menschen während des Krieges und noch lange Zeit nachher gelingen konnte, die Stellung eines Leiters einer Kriegsgesellschaft zu bekleiden, beschäftigte gestern die 3. Strafkammer des Landgerichts I. Wegen Verletzung und

Vollversammlung der SPD.-Eldernbeiräte Berlins!

Freitag, den 22. September, abends 7 Uhr, in der Aula der 5. Oberrealschule Weinmeisterstr. 15 (Nähe Bahnhof Börse).

Tagesordnung: „Das Schulschuld in Berlin.“ Ref.: Gen. Stadtl. C. Riedger. — SPD.-Mitglieder der städtischen Behörden, der Stadt- und Bezirksverwaltungen sind eingeladen. SPD.-Lehrer und -Lehrerinnen willkommen. Mitgliedsbuch dient als Ausweis! — Erscheint vollständig!

Zentralarbeitsauschuss der SPD.-Eldernbeiräte Berlins.

Beseitigung von Urkunden aus amtlichem Gewahrsam war der frühere Abteilungsleiter und Geschäftsführer der Außenhandelsstelle für Chemikalien Otto Karras angeklagt.

Das Vorstrafenregister des Angeklagten ergab, daß er wegen Untreue und Unterschlagung im Jahre 1909 zu vier Monaten Gefängnis und im Jahre 1911 wegen schwerer Untreue und Unterschlagung zu 2 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt worden war. Nachdem er bei Ausbruch des Krieges kurze Zeit Soldat gewesen war, gelang es ihm, auf Grund einer einfachen Meldung eine Anstellung bei der Preisprüfstelle für Chemikalien zu erlangen, zu deren Leiter er im Laufe des Krieges ernannt wurde. Nach kurzer Zeit, im Oktober 1920, wurde er schließlich Abteilungsleiter und Geschäftsführer der Außenhandelsstelle. Nach der Anlage soll er sich mit einem Kaufmann Martin Strauß von der Firma Secht in Verbindung gesetzt und ihm angeboten haben, die Firma auf Grund seiner amtlichen Stellung von gewissen Reichsabgaben zu befreien. Er hat dann angeblich Schriftstücke und amtliches Material den Akten entnommen, die er dem Strauß vorlegte. Er benutzte die Einsichtnahme in das amtliche Material, um hieraus wichtige Notizen geschäftlicher Art zu machen. Nachdem dies geschehen war, brachte der Angeklagte die Akten wieder in den Geschäftssaal, so daß die Manipulation nicht entdeckt werden konnte. Welche Vorteile der Angeklagte aus diesem Handel zog, war leider nicht mehr festzustellen. Nach den Ausführungen des Staatsanwaltes, der gerade diese Art der Korruption als einen Teil der Schuld am Niedergang des Volkes kennzeichnete, sollten gegen derartige Vergehen die härtesten gesetzlichen Mittel angewendet werden. Er beantragte deshalb eine Gefängnisstrafe von 3 Jahren. Da die Beweisaufnahme keinerlei Handhabe für eine Bestrafung ergab, konnte das Gericht jedoch nur einen an dem Kaufmann St. verübten Betrug in der Handlungsweise des Angeklagten erblicken und erkannte daher auf eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr 6 Monaten.

Der erfolgreiche Diebeswecker.

Durch Telephonabdrückstöße wird die Oberpostdirektion sehr empfindlich geschädigt. Abgehören von den Verkehrsdrähten, die dadurch entstehen, geben auch hohe Werte an Leitungsdrähten verloren. Dies veranlaßte die Oberpostdirektion, besondere Alarmvorrichtungen, sogenannte Diebeswecker, anzubringen, die auf der nächsten Polizeistation anschlagen, sobald Drähte auf der Strecke durchschnitten werden. Am Montag nachmittags kurz vor drei Uhr schlug ein solcher Diebeswecker auf der Polizeistation Henningsdorf an. Sofort fuhr ein Beamter mit ihren Rädern die Strecke ab und auf der Marwiler Chaussee traf er einen Mann, der mit dem Aufrollen von abgeschnittenem Draht beschäftigt war. Als der Mann die Beamten erblickte, lief er querfeldein davon, so daß die Beamten ihm mit ihren Rädern nicht mehr folgen konnten. Als der Dieb auf mehrmalige Anrufe nicht Rechen blieb, zog der eine der Beamten seine Dienstwaffe und nach aus ungefähr 50 Meter Entfernung einen Schuß auf den Flüchtenden ab, der ihn an beiden Oberschenkeln verletzte, so daß er nicht mehr weiterlaufen konnte. Der Verhaftete, der als ein Arbeiter Erich Markus aus Reinickendorf festgestellt wurde, wurde nach dem Krankenhaus gebracht. Zwei andere Männer, die sich in der Nähe aufhielten und zweifellos an dem Drahtdiebstahl beteiligt waren, wurden ebenfalls festgenommen; sie waren im Besitz von Drahtspulen. Es sind ein gewisser Kiede aus der Gariensstraße und ein wohnungsloser Mann namens Hellmut Steinweg. — Ferner wurden auf der Strecke Karow-Buch-Rehrüde die Arbeiter Dunte und Löber beim Drahtdiebstahl gefasst. Dunte war erst vor einigen Tagen von einem Gendarm festgenommen und in das Spritzenhaus gesperrt worden. Aus diesem war er dann entsprungen.

Kriegsbeschädigte und Fahrpreisermäßigung.

Die Fahrpreisermäßigung für Kriegsbeschädigte auf der Straßenbahn ist seit dem 15. d. M. eingeführt worden. Trotz der an sich hohen Einzelpreise ist sie jedoch, soweit es sich bis jetzt übersehen läßt, nur in äußerst geringem Umfange in Anspruch genommen worden. Selbst in ausgesprochenen Arbeitergebieten wie Oberschöneweide, Köpenick, Treptow und Neustolln sind nur verhältnismäßig wenig Karten zu den ermäßigten Sätzen verlangt worden. Nur im Straßenbahnverkehr nach und von Spandau ist eine größere Inanspruchnahme der Fahrpreisermäßigung zu verzeichnen, wo zahlreiche Kriegsverletzte sich auf ihren Antrag hin einen Ausweis mit Lichtbild haben ausstellen lassen. Die geringe Benutzung der Fahrpreisermäßigung auf der Berliner Straßenbahn mag zum größten Teil wohl darauf zurückzuführen sein, daß die Kriegsbeschädigten vielfach nicht unterrichtet worden sind. Der Bezirksfürsorgestelle für Kriegsbeschädigte sind neben dem Nachweis, daß das Jahreseinkommen nicht höher als 50 000 M. ist, noch vorzulegen: Ein Antrag, in dem das Verlangen, die Höhe der Rentenfestsetzung enthalten sein muß und ein Lichtbild. Darauf erhält der Kriegsbeschädigte den Ausweis, der zunächst bis zum 31. Dezember d. J. gilt. Zu diesem Termin und dann je vierteljährlich muß der Kriegsbeschädigte eine Bescheinigung über die Höhe seines Einkommens bringen, um die Fahrpreisermäßigung für das nächste Vierteljahr zu erhalten.

Lebensmittelpreise des Tages.

Zufuhr: Fleisch ausreichend, Geschäft ziemlich reger. Fische knapp, Geschäft reger. Obst und Gemüse reichlich, Geschäft flott.

Am Dienstag galten in der Zentralmarkthalle folgende Kleinhandelspreise:
Rindfleisch 98—130 M., ohne Knochen 135—145 M., Schweinefleisch 150—184 M., Kalbfleisch 115—150 M., Hammelfleisch 115—152 M., Schellfisch 30—50 M., Kabeljau 30—65 M., Dorsch 28 M., Rotzungen 40—45 M., in Eis: Aale 105—125 M., Schleie 92—105 M., Karpfen 80—88 M., Labende Aale 188—198 M., Hechte 128—140 M., Naturbutter 330—355 M., Margarine 185—240 M., Schweinehälften 255 M., Eier 15,75—10,75 M., das Stück. Weiße Bohnen 50—62 M., Weizenmehl 48—52 M., Graupen 40 bis 42 M., Malagria 40 M., Eiermehl 60—63 M., Reis 45—70 M., Backobst: Pfäunen 45—70 M., Gemischtes 60—80 M., Kartoffeln 35 bis 44 M., zehn Pfund. Kehlribs 20 M., die Mandel, Wachsbohnen 20 bis 27 M., Esbpfel 17—20 M., Esbirnen 14—19 M.

Schnapschieber.

20 000 Liter Spirit beschlagnahmt.

Der Bucherabteilung des Polizeipräsidiums ist es gelungen, eine größere Spiritfälschung aufzudecken. Sie beschlagnahmte hierbei eine Menge Spirit, der angeblich für pharmazeutische Zwecke bestimmt war, in Wirklichkeit jedoch der Industrie zugeführt wurde. Es handelt sich um circa 20 000 Liter, die in der Hafenstraße angehalten werden konnten. Hierbei wurde festgestellt, daß die Zwischenhändler bei der Verchiebung der edlen Flüssigkeit an Vorkäufeln hohe Vermittlergehälter verdienten. Als die Bucherabteilung den Mann in seinem gewöhnlichen Geschäft fürte, wurde er ausfallend, so daß nur mit Mühe Täuschlichkeiten gegen die Exekutivbeamten verhindert werden konnten. Der spirituelle Zeitgenosse muß seiner Sache sehr sicher gewesen sein, da er dem Beamten drohte, den ganzen Vorkauf in die Presse zu bringen. Hierdurch ist er nun der Mühe überhoben worden.

Zur Affäre Franz. In Sachen des Ingenieurs Emald Franz, dessen geheimnisvoller Mordtod wohl noch in aller Gedächtnis sein dürfte, ist wegen bedenklicher Erkrankung des Franz von der Verteidigung ein Haftentlassungsantrag gestellt worden, der jedoch von der 4. Strafkammer des Landgerichts III abgelehnt wurde, trotzdem eine Kaution in Höhe von 1/2 Million Mark angeboten worden ist. Die Ablehnung wird damit begründet, daß trotz der Höhe der Kaution ein Fluchtverdacht bestehe und auch das Gutachten keine unmittelbare Lebensgefahr bescheinige, wohl aber die Haftentlassung aus gesundheitlichen Gründen für wünschenswert erachte. Gegen den ablehnenden Beschluß soll nunmehr von der Verteidigung Beschwerde eingelegt werden. Die Vorverhandlung gegen Franz dürfte Ende Oktober vor dem Schwurgericht III stattfinden.

Raubüberfall im Plätteler. Dienstag mittag gegen 12 Uhr erschienen bei der 43 Jahre alten Plättlerin Emma Schönberg in deren Plätteler Kellerstraße 48 zwei Männer und versuchten unter Drohungen eine Geldsumme zu erpressen. Aus einer Scheinpistole feuerten sie einen Schuß ab und schlugen gleichzeitig mit einem harten Gegenstande auf die Schönberg ein, wodurch sie am Hinterkopf verletzt wurde, und auf einen Augenblick die Bewußtlosigkeit verlor. Die Täter, die in einem Auto vorgefahren waren, raubten ihr aus der Schürentasche 600 M. und flüchteten. In einem der Täter will die Beraubte einen ehemaligen Liebhaber wiedererkannt haben.

Fleisch über die Grenze.

Schlachthofdirektor Bech-Würzburg machte die Mitteilung, daß infolge der hohen Fleischpreise der Verbrauch an Fleisch in Deutschland kaum mehr als ein Drittel des Friedensverbrauchs betrage. Wie ein Paradoxon aber wirkt es, daß die rheinische Bevölkerung die reichlichen Fleischmengen nicht verzehren kann, die dorthin geschickt werden. Die Besatzungstruppen und die französischen Verwaltungsbeamten schicken das Fleisch zentnerweise in ihre Heimat. Bezeichnend für die Zustände im Viehhandel sei es, daß kürzlich in Regensburg ein Waggon Vieh binnen einer Stunde fünfmal verkauft und schließlich ins Saargebiet abgehoben worden sei. Monatlich gingen im Durchschnitt 40 Waggons Vieh über den Rhein. Gegen diese Gefährdung der deutschen Volksernährung müsse von der Regierung energisch eingeschritten werden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

4. Kreis Charlottenburg, Donnerstag, den 21. September, 8 Uhr, Sitzung (amtlicher Geschäftsantrag) bei Frau. Versammlung alle 129.
7. Kreis Charlottenburg, Donnerstag, den 21. September, 7 1/2 Uhr, engere Kreisversammlung im Rathaus.
9. Kreis Wilmersdorf, Donnerstag, den 21. September, 8 Uhr, bei Rosch, Heibelberger Platz 1, engere Kreisversammlung mit dem Vorkaufsvorstand bei 3. Abt. Widliger Teesammlung.

11. Kreis Köpenick-Grünau, Donnerstag, den 21. September, 7 1/2 Uhr, große öffentliche Vollversammlung in der Aula des Schul-Gymnasiums, Rudowstraße. Thema: „Gegen Wucher und Ausbeutung.“ Referent: Genosse Kurt Siegmund. Die Mitglieder aller Parteien müssen schon um 7 Uhr dort sein.

17. Kreis Köpenick, Donnerstag, den 21. September, nachmittags 3 Uhr, Besichtigung der Arbeiterheim: die Genossinnen werden gebeten, nachmittags 2 Uhr vor der Friedrichshofener Kirche pünktlich zu erscheinen. Zahlreiche Beteiligung erwünscht.

Heute, Mittwoch, den 20. September:

Jungsozialisten. Gruppe Tempelhof-Varieties: 7 Uhr im Lokal von Rabgweit, Tempelhof, Ede Wenderstraße, Unterhaltungsabend.

Frauenveranstaltung:

32. Abt. Charlottenburg, 7 1/2 Uhr bei Frau, Kollwitz-Augusta-Str. 52, „Graben und Helices“, unter Mitwirkung der Arbeiter-Jugend Charlottenburgs.

Morgen, Donnerstag, den 21. September:

33. Abt. Unter langjährige Genossin Dentzke Gedächtnisfeier, Kerpentzstr. 19, ist pünktlich im Alter von 49 Jahren gestorben. Die Beerdigung findet Donnerstag, den 21. d. M., nachmittags 4 1/2 Uhr, im Krematorium Baumgärtelweg statt. Die Genossinnen und Genossen treffen sich vor dem Krematorium.
35. Abt. Charlottenburg, 7 1/2 Uhr Frauenversammlung bei Reimer, Wilmersdorfer Str. 21.
105. Abt. Wilmersdorf, Konjunkturausschuss: 7 1/2 Uhr wichtige Mitgliederversammlung bei Frau, Wilmersdorfer Str. 23, „Schöpfung des Geschäftsanteils.“ Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- Jungsozialisten. Gruppe Neustolln: 7 1/2 Uhr im Jugendheim Rogatzstr. 38, Vortrag über „Die Gemeindefortschreibung“.

Sport.

Rennen zu Genuwald am Dienstag, den 19. September.

1. Rennen. 1. Palada (Staubinger), 2. Der Dack (D. Schmidt), 3. Paula (Rensch). Toto: 477:10, Platz: 71, 10, 14, 10. Ferner liefen: Nale, Pali, Wignor, Rosenkranz, Dublon, Constanza, Epfenleier, Sultan, Raubgrol, Pring, Clavi, Billiger, Kanna.
2. Rennen. 1. Pension (D. Schmidt), 2. Jäh II (Soltkan), 3. Wänge (Arabisch). Toto: 134:10, Platz: 31, 17, 23:10. Ferner liefen: Torandja, Schwannemitter, Weikstein, Reute, Kammer.
3. Rennen. 1. Abgaja (Tarras), 2. Sugar (Räberberger), 3. Mariet (Räberberger). Toto: 32:10, Platz: 14, 33, 14. Ferner liefen: Tannberg, Vera, Solara, Lantulus, Lantulus, Lantulus.
4. Rennen. 1. Kigelt (D. Schmidt), 2. Pentulus (D. Schmidt), 3. Ubergalder (Daneb). Toto: 21:10, Platz: 13, 16, 10. Ferner liefen: Abentin, Wolfram III.
5. Rennen. 1. Ubcaneur (Braun), 2. Felle (D. Schmidt), 3. Mercedes (Volgar). Toto: 157:10, Platz: 24, 16, 23:10. Ferner liefen: Wollschieder, Weiskamm, Dogobert, Conzohent.
6. Rennen. 1. Genslon (D. Schmidt), 2. Schwarze Rutte (Tarras), 3. Kralinda (Räberberger). Toto: 15:10, Platz: 12, 13:10. Ferner liefen: Nole, Conquimiller, Anklina.
7. Rennen. 1. Kern (Dietel), 2. Burg (Daneb), 3. Rosenlöw (Guguenin), 4. Dikan (Tarras). Toto: 39:10, Platz: 15, 18, 9, 8:10. Ferner liefen: Heribert, Rabamek, Lebensgefährt.

Briefkasten der Redaktion.

Briefliche Zustufe wird nicht erstelt. — Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage läßt man einen Fußboden und eine Nummer des Briefkastens tragen man in der Juristischen Sprechstunde, Wilsdorfstr. 2, 1. Hof part. links vor. Schriftsätze und Beiträge sind mitzubringen.

D. S. S. Sie können nur diejenige Summe zurückverlangen, die Sie Ihrem Bruder geliehen haben. — Randb. u. Nr. 114. 1. Gegen die Auffassung des Offenbarbegriffs ist nichts einzuwenden; sie entspricht der begünstigten Bestimmung des Textes. Die Vorstände der Partei sind nicht anders, 2. Wenn Sie Ihren Anspruch bei der zuständigen Berufsgerichtsbarkeit an das Reichsverwaltungsgericht durchsetzen wollen, ist in Frage kommen, weil keine Dienstbeschädigung vorliegt.

Wetter bis Donnerstag mittag. Anhangs abnehmend kühl mit weit verbreiteten, besonders im Norden vielfach starken Regenschauern und geringer Erwärmung bei ziemlich starken westlichen Winden. Später teilweise anhaltend, doch zwischen Regenschauern, trübe nordwestliche Winde und erneute Abkühlung.

Die Debatte über den Vorstandsbericht.

Augsburg, 19. Sept. (Fig. Drahtbericht.)

Hier und da züngelte in die Verhandlungen des zweiten Tages etwas Erregung hinein. So als Fellisch, der sächsische Wirtschaftsminister, sich Solmann vorknöpfte, um gegen dessen „oberflächliche Volkswirtschaft“ zu argumentieren. Ein Satz aus Solmanns gestriger Rede über die Bauern hatte es ihm und einer Reihe anderer Redner angetan, aber nur, wie Solmann am Schluß einer persönlichen Bemerkung aus dem Protokoll feststellte, weil ein Mißverständnis vorlag. Größte Aufmerksamkeit herrschte als Robert Schmidt, der deutsche Wirtschaftsminister, auf verschiedene Diskussionsredner vom Vortage einging. Er stellte die Begriffe Sozialisierung und Erfassung der Sachwerte wieder auf die Beine. Seine Rede war ein Bekenntnis zum wirtschaftlichen Sozialismus, zugleich aber auch eine Mahnung an die Kritiker. Wer wollte es verantworten, jetzt Experimente zu machen, die die ganzen Anfänge einer Umstellung absolut abtöten und das politische Übergewicht der Besitzer der Produktionsmittel noch vergrößern müßten. Der starke Beifall am Schluß der Schmidts Rede, die kühl, sachlich und phrasenlos war, bewies, daß die Meinungsdivergenzen viel geringer sind, als einzelne glauben machen möchten. Die Demokratisierung der Verwaltung, des Rechtswesens usw. standen mitten in der Debatte. Von den verschiedensten Seiten kamen Anregungen und Wünsche. Severing antwortete seinen Kritikern ruhig und mit durchschlagendem Material. Er entwarf alle mit dem Jugeständnis, daß noch viel unten und oben zu tun ist. Severing weiß jedenfalls am besten, welche Arbeit noch seiner harret, aber niemand kennt auch besser als er die ungeheuren Hemmungen, die der Reformarbeit entgegenstehen. Und dann stand der alte Bernstein oben. Er sprach mit besonderer Sachkenntnis über die wirtschaftlichen Fragen und mit jugendlichem Feuer über die Jugendfrage, die er unter lebhafter Zustimmung des ganzen Parteitagess als den Schwerpunkt unserer künftigen Arbeit hinstellte. Um Mittag war die Aussprache beendet. Die Schlußworte der Referenten setzten den Punkt. Adolf Braun sprach temperamentooll. Er ist ein Parteiveteran, seit mehr als 40 Jahren für den Sozialismus kämpfend. Seine lange Erfahrung gibt ihm das Recht, jüngeren Genossen Belehrungen in einer Form zu erteilen, die aus dem Munde eines anderen verkehrt wirken könnten. — Nachmittags hörte der Parteitag den von Vogel-Nürnberg erstatteten Bericht der Reichstagsfraktion. Er zeichnet die schwierige Lage unserer Abgeordneten, die durch die innen- und außenpolitischen Verhältnisse bedingt ist. Leitmotiv sei immer gewesen, den den Abgeordneten von den Wählern erteilten Auftrag nach bestem Willen und Können zu erfüllen. Die Debatte brachte fürs erste keine Sensation.

(Fortsetzung aus dem Abendblatt.)

Nachdem Genosse Severing unter lebhaftem Beifall geendet hatte, sprach in der weiteren Erörterung des Vorstandsberichtes Gen. Hellmann-Hamburg: Die Sozialdemokratie hat die Bedeutung der Geisteskultur zum Teil unterschätzt. Einheitsliches Arbeiten der Elternbeiträge und der Lehrer zur Erziehung unseres schulpflichtigen Programms ist dringend notwendig. Die große Unzufriedenheit mit unserer Schulpolitik kann nur durch Neubebauung des Kampfes für die weltliche Gemeinschaftsschule abgestellt werden. Das Schulprogramm muß aufgehoben werden.

Schweinfing-Borsheim: Bei der Erörterung der Neugliederung des Reiches sollte auch die Frage der Vereinigung von Baden und Württemberg in den Vordergrund geschoben

werden. Die wirtschaftlichen Verhältnisse der beiden Länder schreien geradezu nach einem Groß-Schwaben. (Lebhafter Beifall.)

Eduard Bernstein-Berlin: Ein Genosse hat gemeint, das Schlagwort von der Steigerung der Produktion sei von Stinnes und seinen Leuten ausgegeben. Ich möchte davor warnen.

aus Herrn Stinnes einen Rinderfresser

zu machen. Ich verkenne durchaus nicht Stinnes' großen Einfluß. Aber wir sollten uns nicht dazu verleiten lassen, eine Verantwortlichkeit aus ihm zu machen, von der alles zu befürchten wäre. Die Steigerung der Produktion ist eine Frage der unmittelbaren Gegenwart und von großer Wichtigkeit für das ganze Volk und nicht zuletzt für die Arbeiterklasse. (Sehr richtig!) Wenn sich die Gesellschaft so entwickelt hätte, wie es das Erfurter Programm in seinen ersten Seiten ausspricht, dann hätten wir eine große Zahl von Schwierigkeiten, die uns jetzt entgegenstehen, nicht. Dann bräuheten wir die Frage, wie wir die Kleinbauern behandeln sollen, nicht zu erörtern, weil es dann keine Kleinbauern mehr gäbe. (Zustimmung.) Die Sozialisierung ist eine Summe von Maßnahmen, die Schritt für Schritt die Macht des Kapitals gegenüber den Arbeitern, gegenüber der Gesellschaft eindämmen. Die Tatsache, daß es nicht so schnell geht, wie wir es wünschen, braucht uns nicht pessimistisch zu stimmen. (Zustimmung.) Das Mittel gegen den Pessimismus ist Erkenntnis der großen Aufgaben der Partei. Ich bin der Überzeugung, daß die Partei in den wesentlichen Punkten immer auf dem rechten Wege war. (Lebhafter Beifall.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Schlusssätze der Berichterstatter.

Friedrich Daniels: Wir müssen wieder mehr Gewicht auf die Mitarbeit des einzelnen Parteigenossen legen. (Sehr richtig!) Wenn gefagt wurde, der Beitrag müsse mindestens 8 Mark betragen, so ist das sicherlich richtig. Der Zweck unseres Mindestbeitrages ist aber, überall, auch in den wirtschaftlich schlechteren Gegenden die Gründung und Ausreicherung von Parteioptionen zu ermöglichen. Wo es möglich ist, können auch höhere Beiträge erhoben werden. In der Besoldung der Parteiangestellten bestehen große Unterschiede nicht. Die Spannung zwischen den niedrigen und hohen Gehältern ist nicht größer, sondern kleiner geworden. Soweit es möglich ist, sollen Sekretärinnen für die Frauen angestellt werden. Niemand im Parteivorstand denkt daran, das Erscheinen der „Gleichheit“ einzustellen. Ihren Bezugspreis müssen wir aber erhöhen. Das A und O unserer Bewegung ist, daß die Partei in der Lage sein muß, ihre großen Aufgaben zu erfüllen. (Beifall.)

Adolf Braun: Neben ausgezeichneten Reden ist doch vieles gesprochen worden, was dem Niveau des Parteitagess nicht entspricht. Mangel an Verantwortungsgefühl muß man bei manchem Redner beklagen. Wenn Estlin vom Parteivorstand wünscht, daß wir Parolen ausgeben, denen die sofortige Verwirklichung folge, so ist das Revisionismus in höchstem Sinne. Daß die Bäuer der Agrarier bei der Festlegung der Preise für das Umlagegetreide nicht in den höchsten Himmel wuchsen, dafür hat der Parteivorstand trotz aller Arbeit auf dieser Tagung sich energisch eingesetzt. In der ausgezeichneten Rede Solmanns kam eine unzweifelhafte Entgegnung vor. Über diese Entgegnung bedauern wir trotz allem nicht. Denn der einmütige Widerspruch, den der Parteitag ihr entgegensetzte, zeigte, daß wir dem wucherischen, profitstüchtigen Treiben der Agrarier uns entschieden widersetzen. Merkwürdig ist, daß Brochwitz sich so ungeschult gegen den sozialistisch „ungeschulten“ Parteivorstand und gegen unsere Reichstagsfraktion wendet. Als Entschuldigung kann man wohl nur anführen, daß er durch die „Volkstimme“ in Frankfurt unterrichtet worden ist. Er scheint ja gar nicht zu wissen, daß wir im Reichstag für die Erfassung der Sachwerte gestimmt haben. Eine gewisse Bescheidenheit wäre Brochwitz anraten, da die Frankfurter immer erklärten, daß das Göttinger Programm und die Göttinger Resolution die Einigung mit der USB verhindert hätten. Wenn sich Brochwitz gegen die Mitarbeit von Sozialdemokraten an der bürgerlichen Presse gewandt hat, dann sollte er sich doch informieren, ob die Frankfurter „Volkstimme“ Frankfurter Parteigenossen, die durch jahrzehntelange, auch schriftstellerische Parteilichkeit das Recht zum Meinungsaustrud hatten, ihn nicht in ihrer Presse unmöglich gemacht hat. Warum

sprechen Sie nicht von der „Volkstimme“ und Dr. Duard? Der „Firn“ kann gegen die Sozialdemokratie schreiben, was er will und kann über uns jede beliebige Verleumdung und Verdächtigung verbreiten. Wogegen ich mich gewandt habe, ist, daß er sich „sozialdemokratisch“ nennt. Groeßig hat bemängelt, daß im Aktionsprogramm von der Sozialisierung nicht die Rede ist. Es ist ein Aktionsprogramm, ein Rotprogramm für ein Jahr, und daß wir im kommenden Jahre die Sozialisierung nicht durchsetzen können, weiß jeder. (Braun nimmt dann Stellung zu allen vorliegenden Anträgen, zum Teil ablehnend, zum Teil beiführend.) Ziel Scharfes habe ich gesagt, aber ich habe es als Freund gesagt, und ich wünsche, daß es freundlich aufgefaßt wird. Wir müssen alles daran setzen, um für die Sozialdemokratie zu wirken und uns selbst prüfen, damit wir unser Bestes für die Partei geben. (Lebhafter Beifall.)

In der darauf folgenden

Abstimmung

werden angenommen die Anträge auf Einsetzung einer Kommission von 21 Mitgliedern zur Prüfung der Frage der Neugliederung des Reiches, auf behördliche und gesetzgeberische Maßnahmen gegen die Bewehrung des konsumierenden Volkes und auf praktische Maßnahmen zur Bekämpfung des Alkoholismus. Durch Annahme des Antrages Beigebier werden die Fraktionen verpflichtet, auf schnelle Verabschiedung eines Rotgesetzes zur Schaffung weltlicher Schulen mit allen Kräften zu bringen und eine Neuordnung der Lehrerbildung und die Erweiterung der Rechte der Elternbeiträge zu erwirken. Ein weiterer Beschluß verlangt planvollen Ausbau der Kulturarbeit und wünscht insbesondere die Vorbereitung einer Hochschule für Arbeiterbewegung zur gründlichen Ausbildung ihrer Funktionäre. Mit großer Mehrheit wird ein Antrag angenommen, der den Parteimitgliedern die aktive Unterstüfung der Konsum- und Produktivgenossenschaften zur Pflicht macht. Weitere Beschlüsse wenden sich gegen Auslassungen einzelner Genossen, die geeignet sind, den Achtundentag zu gefährden, und gegen die Mitarbeit an reaktionären Zeitungen. Von der Reichstagsfraktion und den Fraktionen der Parlamente der Reichstagen wird erwartet, daß sie jedes parlamentarische Mittel benützen, um die Schulpflicht zu einem zuverlässigen Instrument der Republik zu machen. Der Parteivorstand soll prüfen, wie eine organisatorische Zusammenfassung der sozialdemokratischen Elternbeiträge möglich ist. Zur Beitragsfrage wird beschlossen, daß der Parteivorstand in Gemeinschaft mit dem Parteiausfuh das Recht hat, dem jeweiligen Geldwert entsprechend den Beitrag festzusetzen. Schließlich werden noch Anträge angenommen, die den Ausbau des wirtschaftlichen Teils der Parteipresse verlangen. Eine große Anzahl von Anträgen wird dem Parteivorstand überwiesen, u. a. ein Antrag auf Schaffung einer zentralen Stelle zur Feststellung geeigneter Bewerber für Staats- und Gemeindefstellen, ferner Anträge auf Herausgabe von Richtlinien für das Vorgehen der Parteifraktion auf wirtschaftlichem Gebiet, auf Herausgabe theoretischer Schriften des Sozialismus in Systemform, auf Verzeichnung der Witwen-, Pensions- und Unterstüfungssachen der Partei mit denen des ADGB und der Konsumvereine, auf Umgestaltung des Nachrichtenblattes für Parteifunktionäre, Ausbau der „Kommunalen Praxis“ usw. — Abgelehnt werden u. a. Anträge, die die Erwerbung oder Errichtung einer eigenen Papierfabrik verlangen, sich gegen Doppelmandate wenden und für die „Gleichheit“ die Wiedereinführung der Kulturbeiträge mit Schnittmusterbogen wünschen. Weiter lehnt der Parteitag es ab, sich gegen die Haltung der „Neuen Zeit“ in der Einigungsfrage auszusprechen und verwirft alle Anträge, die sich mit der Mitgliedschaft in Kriegervereinen beschäftigen. (Ritlospause.)

Jugendveranstaltungen.

heute, Mittwoch, den 20. September:

Rehner: Jugendheim Gemeindehaus, Schmetzstr., Diskussionsabend: „Unser Stellung zur Schule“. — Friedrichshagen: Jugendheim Schreinerstr. 16, Vortrag: „Die Stellung der Frau zum Mann“. — Marienbühl: Jugendheim Schulstr. 10, Vortrag: „Wie werde ich meine Arbeit“. — Ursulastr. 10, Vortrag: „Jugendheim Gemeindehaus Danziger Str. 23, Vortrag: „Die Einigung der sozialistischen Jugend“. — Adolphstr. 10, Vortrag: „Jugendheim Gemeindehaus Wangelstr. 13, Vortrag: „Geheim Hauptmann“. — Krumpholtz: Jugendheim Rinderhorst Germaniastr. 67, Vortrag: „Weiblichen“. — Explem: Jugendheim Glinzerstr. 3, Vortrag: „Der Zweck des Wanderns in der Arbeiterjugend“.

Theater, Lichtspiele usw.

Opernhaus
7 1/2 Uhr:
Rigoletto

Schauspielhaus
7 1/2 Uhr:
Napoleon

Deutsch. Theat.
501-660
7. Abonnement-Vorst.
8. Der Vater
Donnerst. 601-700
7. Abonnement-Vorst.
8. Das Glas Wasser

Kammerspiele
7 1/2 Uhr: Die Jungfern vom Bismarckberg
Do. 7 1/2 Uhr: Die Jungfernen vom Bismarckberg

Gr. Schauspielh.
(Karlstraße)
7 1/2 Uhr: Orpheus in der Unterwelt
Do. 7 1/2 Uhr: Orpheus in d. Unterwelt

„Die wunderlich. Geschichten des Kapellmeisters Kremler“ im Th. Kammerspiele
1. u. 2. u. 3. u. 4. u. 5. u. 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100. u. 101. u. 102. u. 103. u. 104. u. 105. u. 106. u. 107. u. 108. u. 109. u. 110. u. 111. u. 112. u. 113. u. 114. u. 115. u. 116. u. 117. u. 118. u. 119. u. 120. u. 121. u. 122. u. 123. u. 124. u. 125. u. 126. u. 127. u. 128. u. 129. u. 130. u. 131. u. 132. u. 133. u. 134. u. 135. u. 136. u. 137. u. 138. u. 139. u. 140. u. 141. u. 142. u. 143. u. 144. u. 145. u. 146. u. 147. u. 148. u. 149. u. 150. u. 151. u. 152. u. 153. u. 154. u. 155. u. 156. u. 157. u. 158. u. 159. u. 160. u. 161. u. 162. u. 163. u. 164. u. 165. u. 166. u. 167. u. 168. u. 169. u. 170. u. 171. u. 172. u. 173. u. 174. u. 175. u. 176. u. 177. u. 178. u. 179. u. 180. u. 181. u. 182. u. 183. u. 184. u. 185. u. 186. u. 187. u. 188. u. 189. u. 190. u. 191. u. 192. u. 193. u. 194. u. 195. u. 196. u. 197. u. 198. u. 199. u. 200. u. 201. u. 202. u. 203. u. 204. u. 205. u. 206. u. 207. u. 208. u. 209. u. 210. u. 211. u. 212. u. 213. u. 214. u. 215. u. 216. u. 217. u. 218. u. 219. u. 220. u. 221. u. 222. u. 223. u. 224. u. 225. u. 226. u. 227. u. 228. u. 229. u. 230. u. 231. u. 232. u. 233. u. 234. u. 235. u. 236. u. 237. u. 238. u. 239. u. 240. u. 241. u. 242. u. 243. u. 244. u. 245. u. 246. u. 247. u. 248. u. 249. u. 250. u. 251. u. 252. u. 253. u. 254. u. 255. u. 256. u. 257. u. 258. u. 259. u. 260. u. 261. u. 262. u. 263. u. 264. u. 265. u. 266. u. 267. u. 268. u. 269. u. 270. u. 271. u. 272. u. 273. u. 274. u. 275. u. 276. u. 277. u. 278. u. 279. u. 280. u. 281. u. 282. u. 283. u. 284. u. 285. u. 286. u. 287. u. 288. u. 289. u. 290. u. 291. u. 292. u. 293. u. 294. u. 295. u. 296. u. 297. u. 298. u. 299. u. 300. u. 301. u. 302. u. 303. u. 304. u. 305. u. 306. u. 307. u. 308. u. 309. u. 310. u. 311. u. 312. u. 313. u. 314. u. 315. u. 316. u. 317. u. 318. u. 319. u. 320. u. 321. u. 322. u. 323. u. 324. u. 325. u. 326. u. 327. u. 328. u. 329. u. 330. u. 331. u. 332. u. 333. u. 334. u. 335. u. 336. u. 337. u. 338. u. 339. u. 340. u. 341. u. 342. u. 343. u. 344. u. 345. u. 346. u. 347. u. 348. u. 349. u. 350. u. 351. u. 352. u. 353. u. 354. u. 355. u. 356. u. 357. u. 358. u. 359. u. 360. u. 361. u. 362. u. 363. u. 364. u. 365. u. 366. u. 367. u. 368. u. 369. u. 370. u. 371. u. 372. u. 373. u. 374. u. 375. u. 376. u. 377. u. 378. u. 379. u. 380. u. 381. u. 382. u. 383. u. 384. u. 385. u. 386. u. 387. u. 388. u. 389. u. 390. u. 391. u. 392. u. 393. u. 394. u. 395. u. 396. u. 397. u. 398. u. 399. u. 400. u. 401. u. 402. u. 403. u. 404. u. 405. u. 406. u. 407. u. 408. u. 409. u. 410. u. 411. u. 412. u. 413. u. 414. u. 415. u. 416. u. 417. u. 418. u. 419. u. 420. u. 421. u. 422. u. 423. u. 424. u. 425. u. 426. u. 427. u. 428. u. 429. u. 430. u. 431. u. 432. u. 433. u. 434. u. 435. u. 436. u. 437. u. 438. u. 439. u. 440. u. 441. u. 442. u. 443. u. 444. u. 445. u. 446. u. 447. u. 448. u. 449. u. 450. u. 451. u. 452. u. 453. u. 454. u. 455. u. 456. u. 457. u. 458. u. 459. u. 460. u. 461. u. 462. u. 463. u. 464. u. 465. u. 466. u. 467. u. 468. u. 469. u. 470. u. 471. u. 472. u. 473. u. 474. u. 475. u. 476. u. 477. u. 478. u. 479. u. 480. u. 481. u. 482. u. 483. u. 484. u. 485. u. 486. u. 487. u. 488. u. 489. u. 490. u. 491. u. 492. u. 493. u. 494. u. 495. u. 496. u. 497. u. 498. u. 499. u. 500. u. 501. u. 502. u. 503. u. 504. u. 505. u. 506. u. 507. u. 508. u. 509. u. 510. u. 511. u. 512. u. 513. u. 514. u. 515. u. 516. u. 517. u. 518. u. 519. u. 520. u. 521. u. 522. u. 523. u. 524. u. 525. u. 526. u. 527. u. 528. u. 529. u. 530. u. 531. u. 532. u. 533. u. 534. u. 535. u. 536. u. 537. u. 538. u. 539. u. 540. u. 541. u. 542. u. 543. u. 544. u. 545. u. 546. u. 547. u. 548. u. 549. u. 550. u. 551. u. 552. u. 553. u. 554. u. 555. u. 556. u. 557. u. 558. u. 559. u. 560. u. 561. u. 562. u. 563. u. 564. u. 565. u. 566. u. 567. u. 568. u. 569. u. 570. u. 571. u. 572. u. 573. u. 574. u. 575. u. 576. u. 577. u. 578. u. 579. u. 580. u. 581. u. 582. u. 583. u. 584. u. 585. u. 586. u. 587. u. 588. u. 589. u. 590. u. 591. u. 592. u. 593. u. 594. u. 595. u. 596. u. 597. u. 598. u. 599. u. 600. u. 601. u. 602. u. 603. u. 604. u. 605. u. 606. u. 607. u. 608. u. 609. u. 610. u. 611. u. 612. u. 613. u. 614. u. 615. u. 616. u. 617. u. 618. u. 619. u. 620. u. 621. u. 622. u. 623. u. 624. u. 625. u. 626. u. 627. u. 628. u. 629. u. 630. u. 631. u. 632. u. 633. u. 634. u. 635. u. 636. u. 637. u. 638. u. 639. u. 640. u. 641. u. 642. u. 643. u. 644. u. 645. u. 646. u. 647. u. 648. u. 649. u. 650. u. 651. u. 652. u. 653. u. 654. u. 655. u. 656. u. 657. u. 658. u. 659. u. 660. u. 661. u. 662. u. 663. u. 664. u. 665. u. 666. u. 667. u. 668. u. 669. u. 670. u. 671. u. 672. u. 673. u. 674. u. 675. u. 676. u. 677. u. 678. u. 679. u. 680. u. 681. u. 682. u. 683. u. 684. u. 685. u. 686. u. 687. u. 688. u. 689. u. 690. u. 691. u. 692. u. 693. u. 694. u. 695. u. 696. u. 697. u. 698. u. 699. u. 700. u. 701. u. 702. u. 703. u. 704. u. 705. u. 706. u. 707. u. 708. u. 709. u. 710. u. 711. u. 712. u. 713. u. 714. u. 715. u. 716. u. 717. u. 718. u. 719. u. 720. u. 721. u. 722. u. 723. u. 724. u. 725. u. 726. u. 727. u. 728. u. 729. u. 730. u. 731. u. 732. u. 733. u. 734. u. 735. u. 736. u. 737. u. 738. u. 739. u. 740. u. 741. u. 742. u. 743. u. 744. u. 745. u. 746. u. 747. u. 748. u. 749. u. 750. u. 751. u. 752. u. 753. u. 754. u. 755. u. 756. u. 757. u. 758. u. 759. u. 760. u. 761. u. 762. u. 763. u. 764. u. 765. u. 766. u. 767. u. 768. u. 769. u. 770. u. 771. u. 772. u. 773. u. 774. u. 775. u. 776. u. 777. u. 778. u. 779. u. 780. u. 781. u. 782. u. 783. u. 784. u. 785. u. 786. u. 787. u. 788. u. 789. u. 790. u. 791. u. 792. u. 793. u. 794. u. 795. u. 796. u. 797. u. 798. u. 799. u. 800. u. 801. u. 802. u. 803. u. 804. u. 805. u. 806. u. 807. u. 808. u. 809. u. 810. u. 811. u. 812. u. 813. u. 814. u. 815. u. 816. u. 817. u. 818. u. 819. u. 820. u. 821. u. 822. u. 823. u. 824. u. 825. u. 826. u. 827. u. 828. u. 829. u. 830. u. 831. u. 832. u. 833. u. 834. u. 835. u. 836. u. 837. u. 838. u. 839. u. 840. u. 841. u. 842. u. 843. u. 844. u. 845. u. 846. u. 847. u. 848. u. 849. u. 850. u. 851. u. 852. u. 853. u. 854. u. 855. u. 856. u. 857. u. 858. u. 859. u. 860. u. 861. u. 862. u. 863. u. 864. u. 865. u. 866. u. 867. u. 868. u. 869. u. 870. u. 871. u. 872. u. 873. u. 874. u. 875. u. 876. u. 877. u. 878. u. 879. u. 880. u. 881. u. 882. u. 883. u. 884. u. 885. u. 886. u. 887. u. 888. u. 889. u. 890. u. 891. u. 892. u. 893. u. 894. u. 895. u. 896. u. 897. u. 898. u. 899. u. 900. u. 901. u. 902. u. 903. u. 904. u. 905. u. 906. u. 907. u. 908. u. 909. u. 910. u. 911. u. 912. u. 913. u. 914. u. 915. u. 916. u. 917. u. 918. u. 919. u. 920. u. 921. u. 922. u. 923. u. 924. u. 925. u. 926. u. 927. u. 928. u. 929. u. 930. u. 931. u. 932. u. 933. u. 934. u. 935. u. 936. u. 937. u. 938. u. 939. u. 940. u. 941. u. 942. u. 943. u. 944. u. 945. u. 946. u. 947. u. 948. u. 949. u. 950. u. 951. u. 952. u. 953. u. 954. u. 955. u. 956. u. 957. u. 958. u. 959. u. 960. u. 961. u. 962. u. 963. u. 964. u. 965. u. 966. u. 967. u. 968. u. 969. u. 970. u. 971. u. 972. u. 973. u. 974. u. 975. u. 976. u. 977. u. 978. u. 979. u. 980. u. 981. u. 982. u. 983. u. 984. u. 985. u. 986. u. 987. u. 988. u. 989. u. 990. u. 991. u. 992. u. 993. u. 994. u. 995. u. 996. u. 997. u. 998. u. 999. u. 1000.

Central-Theater
8 Uhr: Ein Prachtmadel
Deutsch. Opernhaus
7 1/2 Uhr:
Die Jüdin
Friedrich-Wilhelmstr. Th.
8 Uhr: Schieber
Große Volksoper
im Theat. d. Westens
7 1/2 Uhr:
Samson und Dalila
Intimes Theater
1. Die Peltische und?
— Lauf doch nicht immer nackt herum
Lustspielhaus
8 Uhr: Schule der Kokotten
m. Leop. Konstantin
Metropol-Theater
Eigen Verwalt. gebild.
Sbd. 23. Sept. 1. u. 2. u. 3. u. 4. u. 5. u. 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100.

Dr. Thompson's Seifenpulver

gibt blendend weiße Wäsche

Achten Sie beim Einkauf auf die Schutzmarke Schwim!



Komische Oper
(7 1/2 Uhr) Dir.: James Klein (7 1/2 Uhr)
Die große internationale Revue in 25 Bildern:
Europa spricht davon!!
Ueberbringt Paris und London an Pracht und Ausstattung und ist das Fabelhafteste, was auf einer Bühne gezeigt werden ist
6 Pracht-Ballette!!
200 Mitwirkende!!
Mister Jackson vom Alhambra-Theater in London mit seinen englischen Girls.
Hauptdarsteller:
Margit Sachy, Rosa Felsoga, Balzer-Lichtenstein, Max Landa, Albert Kutzner, Bruno Kastner, Arnold Block, Mizi Melitz, Elise Reval, Walters, Spira, Barbiels usw.
Vorverkauf an der Theaterkasse ununterbrochen.

Tafelnberg
Vorzüglicher Rauchtobak.

Theater des Ostens (Rose-Theater)
Die Liebesprobe
Folies Caprice
Ueberr. 152 (Wendeb. Tag)
Tägl. 7 1/2 Uhr:
Madame Cocotte
Die Badewanne
Beethoven-Sonate
O diese Beine
Casino-Theater
8 Uhr: Die Berliner Penn
Lämselmanns
Bummelfahrt
WINDMÜHLEN
Varieté-Spielplan
Kauben gestiftet!

Trabrennen Ruhleben
Mittwoch, 20. September, nachm. 2 Uhr
8 Rennen. Gesamtpreise 465,900 M.

Circus Busch
Tgl. 7 1/2 Uhr, Sp. nach 8 Uhr
Berlin staunt!
15. Festspiele
15. Circ.-Sensation.
Prof. Werk. u. Orchest.

URANIA
8 Uhr Wunder des Schneeschuhs
Invalidenstr. 4 Uhr
Die materisch. Mark

SCAPE
Tägl. 8 Uhr
Internat. Varieté

Reichshallen-Th.

Die Hamborner Verhaftungen.

Der Oberbürgermeister von Hamburg hat sofort nach den Verhaftungen der Polizeibeamten bei der Besatzungsbehörde darauf hingewiesen, daß er die Verantwortung für die Ruhe und Sicherheit in der Stadt nicht mehr übernehme.

Gegen den Ruin der Presse.

Der Verein Deutscher Zeitungserleger, Kreis Mitteldeutschland, sah auf seiner Tagung in Halle am 17. September folgende Entschliessung:

Die aus schwerster wirtschaftlicher Bedrängnis zur außerordentlichen Generalversammlung in Halle am 17. September erschienenen Zeitungserleger Mitteldeutschlands richten an die Reichsregierung und insbesondere an die Regierungen der Länder Thüringen und Inhabt das dringende Ersuchen, mit allen Mitteln darauf hinzuwirken, daß in kürzester Frist wirksame Maßnahmen zur Rettung des deutschen und mitteleuropäischen Zeitungswesens vor dem völligen Untergang ergriffen werden. Mit Reichswirtschaftsminister Schmidt sieht auch der Verein der Zeitungserleger Kreis Mitteldeutschland die größte Gefahr in der ungeheuren Steigerung der Holzpreise. Nur durch Bereitstellung billigen Papierholzes kann eine merkliche Senkung des Papierpreises und damit eine Erleichterung für die Zeitungen erreicht werden. Er bittet deshalb die Regierung, mit dafür einzutreten, daß ehestens ein Weg gefunden wird, die Länder zur verbilligten Abgabe eines genügenden Quantums Holz für die Zeitungspapierherstellung zu veranlassen. Die Zeitungserleger Mitteldeutschlands sind bemüht, auch unter schweren Opfern die mittel-deutsche Presse über die augenblickliche Not hinaus am Leben zu erhalten. Sie erwarten Unterstützung und Verständnis von der Regierung und von der Öffentlichkeit, weil Leben und Sterben der Presse öffentliche Angelegenheiten sind und weil die Presse für die Interessen aller Länder und Berufe, insbesondere einhellig gegen Bücher und Spekulation eintritt, stellt sie rechtens das Verlangen, daß auch ihrer Not rechtzeitig und ungefälscht Rechnung getragen wird.

„D. A. Z.“ und Staatsgerichtshof.

Der Staatsgerichtshof hat sich am Dienstag mit dem Einspruch der „D. A. Z.“ gegen das über sie verhängte Verbot befaßt, ist aber noch nicht zu einer Entscheidung gekommen. Das Gericht entschied sich, in diesem Falle keine öffentliche Sitzung abzuhalten, da eine solche erst nach dem Rathenau-Prozess, dessen Beginn nunmehr bestimmt auf den 8. Oktober angelegt worden ist, wahrscheinlich auch erst nach dem Scheidemann-Prozess stattfinden könnte. Das Gericht ist zu dieser Auffassung auch gekommen, weil das Gesetz öffentliche Verhandlung nur im Falle besonderer Dringlichkeit vorschreibt. Die Dringlichkeit hat nun der Staatsgerichtshof nicht als vorliegend erachtet unter besonderem Hinweis darauf, daß das Verbot gegen die „D. A. Z.“ bereits durchgeführt und abgelaufen ist, die Entscheidung des Staatsgerichtshofes also auf jeden Fall zu spät käme. Dagegen hat der Staatsgerichtshof heute das Verbot der „Göttinger Tageblätter“ aufgehoben.

Die Grenze der Angestelltenversicherung.

Durch eine Verordnung vom 12. September 1922 ist mit Wirkung vom 1. September 1922 an die Versicherungspflichtgrenze von 100 000 M. auf 300 000 M. erhöht worden. Die Beiträge sind dieselben geblieben; es sind mithin bei einem Jahresverdienst von mehr als 75 000 M. bis 300 000 M. in Klasse I monatlich 110 M. zu zahlen. Solchen Versicherten, die infolge Uebersteigens einer Gehaltsgrenze ausgeschieden waren und nun wieder versicherungspflichtig geworden sind, werden die Kalendermonate der Zwischenzeit für die Erhaltung der Anwartschaft angerechnet. Neue Möglichkeiten für die Befreiung von der eigenen Beitragsleistung auf Grund von Lebensversicherungsverträgen sind nicht vorgesehen.

In Le Havre und Marseille ist es zu Zwischenfällen gekommen, da die Mannschaften der Schiffe es ablehnten, länger als acht Stunden zu arbeiten. Die Abfahrt verschiedener Dampfer wurde auf 24 Stunden hinausgeschoben.

Radiofonjerte in Rußland. Aus Moskau wird gemeldet: Am 17. September, nachmittags 3 Uhr, hat sich die große russische Radiostation auf die Wellenlänge 300 eingestellt und hat mit dieser Wellenlänge allen anderen russischen Radiostationen ein Konzert veranstaltet. Die besten russischen Sänger und Schauspieler haben an diesem Tage Werke von Tschaikowski, Rimski-Korsakow und Borodin vorgelesen und funktentelephonisch durch Rußland weitergegeben. Unter anderem war auch der Kongreß der russischen Pädagogen, der in Nischni-Rogorod tagt, mit der Telefunken-Station verbunden und vermochte so den Werken russischer Musiker und Dichter zu lauschen.

Eine Million Worte drahtlos täglich. Die neue französische Funkstation von Saint Asiffe bei Paris, die kürzlich eröffnet wurde, und den Ruhm der „größten Funkstation“ für sich in Anspruch nimmt, kann 5 bis 6 Nachrichten zu gleicher Zeit weitergeben, und zwar eine durchschnittliche Menge von 100 Worten in der Minute bei jeder Nachricht. Danach ist also Saint Asiffe imstande, 36 000 Worte in der Stunde zu senden, und es ist ihr möglich, eine Million Worte am Tage weiterzugeben. Die Station wird hauptsächlich den drahtlosen Verkehr zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten vermitteln, doch hat sie auch bereits die drahtlose direkte Verbindung mit Argentinien und China aufgenommen.

Vorbereitende Zahnpflege. Das allgemeine Verständnis für vorbeugende Zahnpflege hat während des Krieges und besonders während der Nachkriegszeit deutlich nachweisbar zugenommen. Einige wertvolle allgemeine Regeln gibt Dr. med. Alfred Bayer in einem Aufsatze, der in dem loeben erschienenen Heft 18 „Volkswohlfahrt“, Amtsblatt des Ministeriums für Volkswohlfahrt, enthalten ist. Wenn man die Zähne nur einmal alle 24 Stunden reinigt, sollte dies unbedingt abends vor dem Schlafen geschehen. Während des Tages sorgt der Speichelfluß in der Mundhöhle für die Entfernung der aus den Speiseresten entstehenden Säuren, so daß die Zähne geschützt sind. In der Nacht dagegen ruht die Speichelsekretion. Die Reste der abends genossenen Speisen werden während der Nacht verfestet, und die entstehenden Säuren bleiben zwischen den Zähnen und in der Mundhöhle, so daß das Zahnbain gerade nachts stark angegriffen wird. Man soll vor allen Dingen abends die Speisereste gründlich entfernen; auf diese Art kann man das Gebiß am wirksamsten schützen und auch die Entstehung eines schlechten Geschmacks verhüten. — Zum Reinigen der Zähne wird als vorzüglich wirkend pulverisiertes doppeltkohlensaures Natrium empfohlen. Das trockene Pulver schmeißt kaum, da es im Mundspeichel leicht löslich ist und wirkt vor allen Dingen außerordentlich stark keimtötend. Nach seinem Gebrauch hat man einen frischen, reinen Geschmack im Munde. Auch in seiner zahnsteinlösenden Eigenschaft ist das Natrium allen anderen Zahnpulvern weit überlegen. Natrium ist das ideale Zahnreinigungsmittel, weil es wohlfeil, gut und völlig unschädlich für die Mundhöhle ist.

Eine Gebäudenähe für August Gail wird die Kante der Kante in ihren Räumen am Kaiser-Wahl in Gemeinschaft mit Paul Gailner veranstalten und Ende September eröffnen. Herwarth Walden spielt heute, abends 7 1/2 Uhr, in der Kunstausstellung D. S. L. u. M., Volkswahlstr. 13a, seine eigenen Kompositionen, u. a. „Schwermützig“ und „Kochtopf“.

Bericht der Reichstagsfraktion.

Am 3 1/2 Uhr eröffnet Vorj. Wels die Nachmittagsitzung und gibt das Wort zum

Bericht der Reichstagsfraktion

dem

Genossen Vogel-Nürnberg:

Wir sind nicht immer voll befriedigt von unserer Tätigkeit als Reichstagsabgeordnete und dem Erfolg sozialdemokratischer Parlamentsarbeit. Das liegt einmal an der Zusammenfassung des Reichstages, die aber nicht auf das Schuldkonto der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, sondern auf das jener Wählermassen gesetzt werden muß, die 1920 auf den deutschvölkischen Wahlschwandel herein gefallen sind. Es ist deshalb überaus wichtig, die Wählermassen immer wieder über die Reichstagsverhältnisse im Reichstag und die daraus resultierenden Folgen aufzuklären.

Unsere Gesetzgebung

leidet unstreitig stark an der durch die Verhältnisse bedingten Raschheit und geringen Sorgfältigkeit. Es liegt das an der schnellen Veränderung unserer wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse. Seit Oktober 1921 haben nicht weniger als 74 Regierungsvorlagen und 34 Initiativanträge in Gesetzesform dem Reichstag vorgelegen. Bei aller noch so berechtigten Kritik darf nicht übersehen werden, daß uns in der inneren wie äußeren Politik eine gewisse Marschrichtung vorgeschrieben ist, die wir einhalten müssen, wenn es nicht zu einem Bruch mit der Entente kommen soll.

Wir sind für Erfüllungspolitik in der Erwartung, daß endlich einmal in den Ententeländern Hoff und Unverjährlichkeit ein Ende haben werden.

Bei England und Italien und bis zu einem gewissen Grad bei Belgien hat die Hofatmosphäre an Schärfe verloren. Ganz besonders in England. Englands Wirtschaft ist nur dann gedient, wenn eine Stabilisierung der deutschen Valuta erreicht wird, weil nur dann für eine geregelte Wirtschaft die Grundlagen gegeben sind. Frankreich ist anders eingestellt. Es ist von der Weltmarktwirtschaft nur verhältnismäßig schwach betroffen und leidet nicht besonders stark unter den Valutawirren. Frankreich ist in erster Linie interessiert an der inneren Ordnung der deutschen Finanzen, da nur diese die laufenden Zahlungen verbürgen. Soweit sich die Vereinigten Staaten von Nordamerika aktiv an den europäischen Problemen beteiligen werden, wird das voraussichtlich nur unter der Voraussetzung geschehen, daß die europäischen Länder ihre unproduktiven Ausgaben, namentlich für militärische Zwecke, einschränken. Hierin ergibt sich eine besondere Uebereinstimmung mit dem englischerseits Frankreich gegenüber ausgesprochenen Wunsch.

Im großen und ganzen beherrscht aber immer noch Poincarés Geist der Niederhaltung Deutschlands die Situation.

Deshalb dürfen auch die Rassen bei der Bewertung mancher unserer Entscheidungen, z. B. der letzten Steuererlässe, nicht den starken auswärtigen Druck außer acht lassen. Deutschland leidet heute noch unter einer ungeheuer starken Entwertung seines Geldes, und damit in Verbindung steht eine ziemlich parallel gehende Steigerung des Staats, der auch durch noch so starke Anziehung der Steuererschraube nicht begegnet werden kann. Deshalb betrug schon beim Abschluß des Reichshaushaltsetats für 1922 der Fehlbetrag mehr als 233 Milliarden, der bei der rapiden Entwertung des Geldes inzwischen weiter stark gestiegen ist. Eine dieser Geldentwertung entsprechende Einkommenssteigerung ist aber nur bei einem verschwindenden Teile der Bevölkerung vorhanden.

Bei den Reparationsverhandlungen wird auch immer wieder behauptet, daß bei der Verarmung des Staates

die Privatwirtschaft sich bereichere.

Wenn das in einzelnen Fällen auch zutreffen mag, so muß dagegen im allgemeinen doch gesagt werden, daß die heutige Mark nicht dem Vorkriegswerte entspricht, sondern auf einen Bruchteil ihres Goldwertes herabgesunken ist. Würden die Umstände, die Unkosten, Gewinne und Kapitalserhöhungen, die Löhne und Gehälter in den Goldwert umgerechnet, so hätte der Zahlenzander bald ein Ende. Es mag paradox klingen. Aber trotz aller Neugründungen und Erhöhungen des Aktienkapitals leidet die deutsche Wirtschaft an einem ungeheuren Kapitalsturz. Die Stellungnahme der Fraktion bei der Verabschiedung der Steuererlässe scheint nicht die Billigung aller Genossen im Lande gefunden zu haben. Freude an dem Steuerkompromiß haben auch wir nicht. Unter normalen Verhältnissen hätten wir nach Ablehnung unserer Forderungen auf Erfassung der Sachwerte es auf einen Appell an das Volk antworten lassen können. Ob freilich Neuwahlen eine andere Zusammenfassung des Reichstages erbracht hätten, erscheint zweifelhaft. Daß wir mit dem Kompromiß eine Reihe von Verbrauchssteuern in Kauf nehmen mußten, ist unangenehm, aber auf Verbrauchsteuern hätte man auch dann zurückgreifen müssen, wenn es uns möglich gewesen wäre, die Erfassung der Sachwerte durchzuführen. Wie wenig der Vorwurf der Kommunisten, daß wir Brotwucher betreiben, berechtigt ist, ergibt sich aus der Gegenüberstellung der Preise für das Umlagegetreide und dem des freien Marktes. Unter die feinerzeit festgesetzten Preise für Umlagegetreide herunterzugehen, hätte bedeutet, daß wir erst recht auf die Getreideeinfuhr angewiesen wären, und was das bei dem schlechten Stande unserer Mark bedeutet, braucht nicht mehr

Italien folgt Frankreichs Beispiel.

Rom, 19. September. (G.) Der heutige Ministerrat billigte einstimmig die Haltung Schanzers in der Orientfrage, ferner seine Bemühungen, eine diplomatische Aktion zu erzielen, um einen raschen Frieden ohne jede militärische Intervention im nahen Osten zu erzielen. Der Beschluß Frankreichs, seine Truppen aus Tschana zurückzuziehen, wurde in diesem politischen Kreise begrüßt. Die Consulta hat ebenfalls beschlossen, die italienischen Truppen vom asiatischen Ufer der Dardanellen zurückzuziehen.

Englischer Kabinettsbeschluss.

London, 19. September. (W.B.) Aus der heutigen Zusammenkunft der britischen Minister, die bis 1 Uhr nachmittags dauerte, wurde von neuem erklärt, welche Maßnahmen zu Wasser und zu Lande getroffen werden müssen. Die Minister haben ihren Beschluß bestätigt, in keinem Falle den kemalistischen Truppen zu gefallen, nach Europa hinüberzugehen, bis die Friedensbedingungen festgesetzt sind. Die englische Regierung sei sich vollkommen klar, daß dies allein durch eine Flottenaktion verhindert werden kann. Von der Annäherung beträchtlicher französischer Streitkräfte in Tschana sei nichts bekannt.

Küher Curzon ist auch Churchill nach Paris abgereist, um der französischen Regierung die britische Auffassung zu unterbreiten. Wie verlautet, soll ihm Admiral Beatty folgen.

In England finden Kundgebungen gegen eine bewaffnete Intervention in den Dardanellen statt. Abg. General Dawson erklärte in seinem Wahlkreis Hampshire, daß England schon lange mit der Türkei hätte Frieden schließen sollen und Griechenland jede Unterstützung verweigern müsse. Die Gemeindefunktionäre der Gemeindebeamten in London erklären, daß die Gemeindebeamten alles tun werden, damit kein Mann, kein Schiff

auseinandergesetzt zu werden. (Zustimmung.) Es hört sich schön an, wenn die hohen Verdienste der Landwirtschaft immer wieder mit der Notwendigkeit der Hebung der landwirtschaftlichen Produktion begründet werden. Erfahrungsgemäß ist aber in keinem Stande die Warehamsterei so ausgeprägt wie in der Landwirtschaft. Wenn irgendwo, so ist in der Landwirtschaft die Angleichung der Preise an die Weltmarktpreise unbedeutend, weil die Landwirte immer noch Besitzer von Goldwerten sind.

Unsere

Kohlewirtschaft

ist ein besonderes Schmerzenskind. Welch ein Unfug, daß in England die Bergarbeiter nur zwei Tage arbeiten, die deutschen Bergarbeiter aber Ueberstunden verdienen, und wir trotzdem von Monat zu Monat steigend englische Kohlen einführen müssen.

Alles in allem betrachtet, erwachsen der Regierung und dem Reichstag in der kommenden Zeit Aufgaben von ungeheurer Umfang. Notwendig sind Maßnahmen für eine entsprechende Lohn- und Gehaltspolitik und eine durchgreifende Unterstützungsaktion für Sozial- und Militärrentner. Es muß mit allen Mitteln der Versuch gemacht werden, von der Papiergeldwirtschaft loszukommen. Ohne Moratorium und ohne

Mobilisierung der inneren Sachwerte

ist das freilich unmöglich. Notwendig ist, den Handel mit ausländischen Zahlungsmitteln auf das unumgänglich notwendige Maß zu beschränken und unter strengste Aufsicht zu stellen.

Der Kampf gegen Demokratie und Republik wird auch im Parlament geführt, zumal bei der letzten Reichstagswahl der deutschvölkische Flügel gestärkt worden ist. Die Deutschnationalen trifft die Verantwortung für die politische Verwilderung in Deutschland. Sie sind es, die den unreifen Nordstößen die „Argumente“ geben, daß es vaterländische Pflicht sei, gegen die „verrottete Republik“ anzukämpfen, die uns den „Schmachfrieden“ und die „traurigen Zustände“ gebracht habe. Die Republik hat sich noch immer als

zu gutmütig und nachgiebig

erwiesen. Besondere Aufmerksamkeit muß den reaktionären Umtrieben in Bayern geschenkt werden. So sehr man auch die bewundernswerte Selbstdisziplin und Geduld des Reichspräsidenten und des Reichskabinetts anerkennen mag, um zu einem friedlichen Ausgleich mit Bayern zu kommen, besriedigen kann uns das Ergebnis nicht. Bayerns großwahnsinnige Politik schadet Deutschland im allgemeinen und hat, abgesehen von einigen rechtsbolschewistischen Blättern in Berlin und sonstwo, nur noch die Unterstützung dortens und seiner für Frankreich arbeitenden separattistischen Organisationen gefunden. (Hört, hört!) Darin liegt die schwerste Verurteilung der bayerischen Politik. (Sehr wahr!) Die Sozialdemokratie hat sich immer zur Einheit der deutschen Republik bekant. An diesem Bekenntnis müssen wir heute erst recht festhalten. Von den Genossen im Lande erbitten wir das weitere Vertrauen, und gegenseitig soll das Gelöbnis gelten: Treue um Treue! (Beifall)

Es gibt natürlich auch in der Fraktion Meinungsverschiedenheiten. Immer aber kamen diese in kameradschaftlicher Weise zum Austrag. Hoffen wir, daß der gleiche Geist auch in der wieder vereinigten Fraktion vorherrschend bleibt. Dann wird sich dieser Zusammenschluß als ein Sieg für die Arbeiterklasse erweisen. (Stürmischer Beifall)

Vorsigender Simon verliest ein Begrüßungsschreiben der Sozialdemokratischen Partei Danzigs, die bedauert, daß sie aus finanziellen Gründen keinen Delegierten entsenden konnte, und der Freude über die kommende Einigung Ausdruck gibt.

Beiprehung des Fraktionsberichts.

Bender-Berlin: Die Reichstagsfraktion hat bei der Stellungnahme zur Beamtenfrage vor allem die staatsbürgerlichen Rechte der Beamten zu wahren gesucht. Bei der Regelung der Besoldungsfragen ist sie immer dafür eingetreten, daß die Besoldung nach sozialen Gesichtspunkten erfolge. Wenn das nicht immer erreicht wurde, ist das nicht unsere Schuld, sondern Schuld der bürgerlichen Parteien, die für die Unterbeamten nur schöne Worte, nicht aber offene Hand hatten. (Sehr richtig!)

Frau Wegscheider-Berlin: Die Lehrerbildung muß durch ein Gesetz gefördert werden. Die Fortbildung und Berufsschulpflicht nach der Volksschule muß von Reich wegen gefördert werden. (Sehr richtig!)

Hartleb-Hannover: In der Kapitulation müssen wir die Arbeiter-schaft zu erziehen, die heutigen Rechte und Freiheiten auszunutzen, um die Interessen des wertigen Volkes wahrzunehmen und den kulturellen Fortschritt zu fördern. Daß sich unsere Vertreter in der Reichstagsfraktion für die Sozialisierung des Wirtschaftsebens einsetzen, ist selbstverständlich.

Genossen Lodenhagen-Berlin protestiert gegen die Verfügung des Reichsarbeitsministeriums, die verbietet, daß Kommunen aus den Mitteln für die Kriegerwitwen, die für allgemeine Wohlfahrtszwecke zur Verfügung stehen, Heime und Anstalten unterstützen. Gegen dieses Unrecht muß unsere Reichstagsfraktion auf das schärfste ankämpfen. Der Fürsorge für die Sozialrentner muß mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden, denn sie sind dem Verhungern nahe. (Beifall)

Hierauf werden die Verhandlungen am Mittwoch vormittag 9 Uhr vertagt. Abends gaben die Augsburger Genossen eine feierliche Veranstaltung.

und keine Patrone England verlassen, um einem neuen Krieg im Orient zu dienen. Es sei besser, das Geb den Arbeitlosen zuzulassen.

Einberufung des englischen Parlaments?

London, 19. September. (W.B.) Einer Blättermeldung zufolge wird für den Fall, daß Frankreich und Italien beschließen, keinen Anteil an der Verteidigung der neutralen Zone im Falle eines Angriffes zu nehmen, das Parlament unverzüglich einberufen werden.

Interalliierte Note an Kemal.

Paris, 18. September. (W.B.) Nach einer Havasmeldung aus Konstantinopel haben die ersten Dragomane der alliierten Oberkommissare dem Vertreter der Regierung von Angora eine Note mit der Bitte übermittelt, sie dringlichst an die Regierung von Angora weiterzuleiten. In der Note wird erklärt, daß England, Frankreich und Italien es ohne Präjudiz für die zukünftigen Abmachungen des Friedensvertrages als wünschenswert ansehen, daß die Neutralität der gegenwärtig von den Alliierten in der Gegend von Konstantinopel besetzten Zone und die Neutralität der Meerengen aufrechterhalten werde.

Also nur ein Wunsch und keine ultimative Forderung!

Der Vertreter der Angora-Regierung hat die Erklärung abgegeben, daß die neue Türkei lediglich Kleinasien von fremden Truppen räumen wolle; sie werde die Meerengen nicht überschreiten, deren Freiheit unangetastet bleibe. Von Thrazien sagt die Erklärung nichts. Tschana an den Meerengen werde besetzt werden. Gerade in Tschana aber landen die Engländer immer mehr Truppen.

Nach einem Telegramm des „Giornale d'Italia“ aus Smyrna sind über 2000 Leichen in den Trümmern der Stadt gefunden worden.

Gewerkschaftsbewegung

Gemeindearbeiter und Gemeindebetriebe.

Da in den Kreisen der Gemeindearbeiter auf die vollständige Übertragung der auf Antrag des Referenten Polenske in der Funktionärerversammlung des Gemeindearbeiterverbandes gefassten Entschliessung besonderer Wert gelegt wird und diese Entschliessung auch allgemeines Interesse beanspruchen darf, bringen wir sie hier zum Abdruck:

Die Funktionäre des Lohnkartells für die Gemeindebetriebe nehmen Kenntnis von den Bestrebungen, die städtischen Unternehmungen und Betriebe von der kommunalen Verwaltung zu lösen und sie privatwirtschaftlichen oder gemischtwirtschaftlichen Konzernen zu übergeben. Die Funktionärerversammlung wendet sich entschieden gegen diese Bestrebungen.

Als Gründe für die angebliche Unwirtschaftlichkeit der städtischen Betriebe wird u. a. angeführt: Überbelastung der Betriebe mit Arbeitern und zumeistgehende soziale Bestimmungen für diese. Demgegenüber stellt die Versammlung fest, daß, soweit für städtische Betriebe wirtschaftliche Schwierigkeiten bestehen, diese nicht zurückzuführen sind auf die Arbeitermangel und deren soziale Lage (die Löhne der städtischen Arbeiterschaft sind wesentlich unter den Löhnen in der Privatindustrie), sondern in den vielfach technisch unzureichenden Anlagen und den Widerständen, die bestimmte Verwaltungsorgane dem sozialistischen Magistrat entgegenstellen. Soweit technische Mängel vorhanden sind, sind diese nicht auf das Konto des gegenwärtigen Magistrats, sondern auf Unterlassungsünden der früheren Alt-Berliner Verwaltung zurückzuführen. Die kommunale Regie ist durchaus leistungsfähig, wie die Ergebnisse der städtischen Betriebe Neuföhns, Plohnbergs, Charlottenburgs, Spandaus, Köpenicks vor dem Kriege, während des Krieges und nach dem Kriege gezeigt haben und noch zeigen; trotzdem die ersten drei genannten Gemeindebezirke in bezug auf soziale Wohlfahrts-Einrichtungen für ihre Arbeiter wesentlich über die Bedingungen, die Alt-Berlin gewährte, hinausgingen.

Bei Beurteilung der wirtschaftlichen Rentabilität der Berliner städtischen Eigenbetriebe muß berücksichtigt werden, daß die Bewirtschaftung dieser Betriebe nicht wie bei der Privatindustrie in erster Linie auf Gewinn gestellt war und ist, sondern daß ihre Produkte und Erzeugnisse zu Preisen und Tarifen an die Bevölkerung abgegeben werden, die nicht vom Standpunkt des Reingewinns kapitalistischer Unternehmungen diktiert sind, bei denen vielmehr allgemeine sozialpolitische und wirtschaftliche Erwägungen mitwirken. Die Preisgestaltung für Gas, Wasser und Elektrizität, die Tarife der Straßenbahn, die Verpflegungssätze in den Pflanzschulen stehen wesentlich unter den Sätzen, die rein kapitalistische Unternehmungen, unter Berücksichtigung der Löhne, der Produktionsmittel und Kosten der Urprodukte, berechnen. Eine Entkommunalisierung städtischer Betriebe und Einwirkungen würde demzufolge sofort zu weitgehenden Erhöhungen der Preise und Tarifen führen, die nur zu einem geringen Bruchteil der städtischen Verwaltung als Erträge wieder zugeführt würden.

Die Versammelten richten an den Magistrat, an die Stadtverordnetenversammlung und besonders an die sozialistischen Parteien das dringende Ersuchen, allen Versuchen, die auf Entkommunalisierung städtischer Betriebe hinführen, den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen.

Die versammelten Funktionäre verpflichten sich, mit allen Kräften alle Maßnahmen zu unterstützen, die die Wirtschaftlichkeit der städtischen Betriebe und Einrichtungen fördern.

Allen Bestrebungen und Versuchen, die Betriebe und Einrichtungen zu entkommunalisieren, werden sie den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen.

Die Straßenbahner gegen den Einigungsvorschlag.

Man schreibt uns: „In drei großen Versammlungen in den Gemantaltalen, Moabitler Gesellschaftshaus und der Vorkantstraße, fanden sich die Berliner Straßenbahner zusammen, um den Bericht über die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium wegen dem Substanz zum Mantelvertrag entgegenzunehmen. Die Referenten Detmann, Siller und Strechow machten den Einigungsvorschlag des Reichsarbeitsministeriums eingehend bekannt. Ein Sturm der Entrüstung erhob sich bei der Mitteilung, daß auf Kosten der Arbeiter nicht nur die freien Tage durch Bezahlung abgegolten werden sollen, sondern weit über das Maß hinaus Lieberstunden gemacht werden können. Alles soll im Ermessen der Betriebsleitung liegen. Dann wird man den Straßenbahnern anstatt wie bisher 52 freie Tage zwar 56 geben, davon sollen aber nur 36 freie Tage bestimmt gegeben werden, während die übrigen 20 Tage nach Verlehen der Betriebsleitung freigegeben oder bezahlt werden können. Hier soll durch Bezahlung alle Freizeit erledigt und den Straßenbahnern der Achtundtag genommen werden.“

Nach kurzem ist die Aufrechnung aller nicht abgebummelten Freizeit. Hier erhält zunächst der einzelne Arbeiter seinen Anteil und die andere Hälfte wird kollektiv verrechnet auf die Kopfzahl der Belegschaft der einzelnen Dienststelle. Welche Umstände und Verhältnisse dadurch innerhalb einer Dienststelle verursacht werden, ist nicht zu übersehen. Wer aber kontrolliert diese Maßnahmen der Verwaltung und garantiert, daß der Belegschaft ihr Recht wird?

Der Einigungsvorschlag ist genau wie der Schiedsspruch ein Fehlschlag.

Ist es denn überhaupt zu begreifen, einer Gruppe von Arbeitnehmern monatlich 500 M. einfach von ihrem Verdienst zu streichen, nur um den Trümmerhaufen, den die Stadt Berlin von den Aktionären der ehemaligen Großen Berliner Straßenbahn übernommen hat, wieder aufzurichten? Hier sänkt man an der verkehrten Stelle an. Auf Kosten der Arbeiter, die bei Wind und Wetter ihren Dienst tun und bei den Gefahren der Straße jeden Tag ins Gefängnis wandern können, von den hohen Schadenersatzlagen, die der Dienst mit sich bringt, gar nicht zu reden, will man den Betrieb wieder aufrichten.

Wenn die Arbeiterschaft sich dagegen auflehnt, so ist das nur ihr gutes Recht.

Eine Entschliessung fand einstimmige Annahme, die u. a. besagt: „Der Vorschlag des Reichsarbeitsministeriums bemüht sich, in dem Konflikt zwischen Direktion und Belegschaft zu vermitteln; er läßt aber alle die Punkte bestehen, die nachteilig für die Arbeiterschaft sind. Es bleibt also bei der Verlängerung der Arbeitszeit und bei der Kürzung des Lohnes durch Wegfall der Nacht-, Sonntags- und Wochenfeiertagszuschläge. Die dafür angebotene Erhöhung der Überstundenzuschläge bietet keinen Ausgleich. Sie bedeutet ferner eine Aufhebung des Achtundtags.“

Die Belegschaft der Straßenbahn muß es ablehnen, in eine Verlängerung der Arbeitszeit einzuzwilligen. Sie kann auch nicht einen Abbau ihres Lohnes hinnehmen, noch dazu in einer Zeit, wo die Preise aller Waren sprunghaft steigen. Die Belegschaft hält an dem Grundlag fest, daß für sie das gleiche Recht gelten muß, wie für die übrige städtische Arbeiterschaft.“

So begreiflich es auch ist, daß die Straßenbahner sich gegen eine Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen wehren, so läßt sich doch die Frage dabei nicht ganz umgehen, was werden soll, wenn „der Trümmerhaufen“ nicht wieder in gehörigen Betrieb gebracht werden kann und deshalb dem Privatkapital wieder ausgeliefert werden müßte, das schon darauf wartet, ihn wieder in die Hände zu bekommen. Diese Erwägung müßte soweit als irgend möglich beachtet und beiderseits ein gangbarer Weg der Verständigung gesucht werden. Lediglich auf Kosten der Arbeiter kann das Problem freilich nicht gelöst werden.

Gehalts erhöhungen der staatlichen Arbeitnehmer.

Nachdem gestern im Reichsfinanzministerium mit Führern der Spitzenorganisationen Vorbesprechungen gepflogen wurden, beginnen am Donnerstag die Verhandlungen zwischen dem Beamtenausschuß, den Spitzenorganisationen und dem Reichsfinanzministerium über die Erhöhung der Bezüge der Staatsbeamten, Staatsangestellten und der Staatsarbeiter.

Neue Gehaltsätze im Groß-Berliner Zeitungsgewerbe.

Am 18. September tagte unter dem Vorsitz des Gewerberat's Körner das für das Zeitungsgewerbe vereinbarte Schiedsgericht. Vor Eintritt in die Verhandlungen wurde vereinbart, daß beide Parteien den Schiedsspruch annehmen, wenn zwei Arbeitgeber und zwei Arbeitnehmerbeisitzer für diesen Spruch stimmen. Die Kammer fällte mit den Stimmen von je zwei Beisitzern unter Stimmenthaltung des Urparteiischen folgenden Spruch: Es wird auf die Augustgehälter für den Monat September für die verheirateten Angestellten einschließlich der Diätäre ein Zuschlag von 50 Proz., für die ledigen Angestellten ein solcher von 45 Proz. gezahlt. Die neuen Gehaltsätze sind ab Freitag in der Geschäftsstelle des ZM, Velle-Alliance-Str. 7-10, im Druck zu haben.

Einigung im Töpfergewerbe.

Eine außerordentliche Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Töpfer am Montagvormittag im Gewerkschaftshaus nahm Stellung zu dem Ergebnis der erneut mit den Unternehmern gepflogenen Lohnverhandlungen. Kennlich referierte. Die ersten Verhandlungen verliefen infolge des Verhaltens der Unternehmer resultatlos. Schließlich erhöhte die Arbeitgeber ihr Angebot von 85 auf 90 M. Bei der erneuten Verhandlung erklärten sie sich bereit, noch weitere 5 M., also 95 M. zu bewilligen, während die Lohnkommission auf 100 M. bestand. Die Lohnkommission habe sich über die Zustimmung nicht einigen können. Der Vorstand empfehle nun, durch geheime Abstimmung über Annahme oder Ablehnung zu beschließen. Der Ausschlag der Akkordarbeiter solle 9400 Proz. betragen und den Hilfsarbeitern ein entsprechender prozentualer Lohnzuschlag gewährt werden.

Auf Antrag aus der Versammlung wurde beschlossen, die Abstimmung öffentlich vorzunehmen. Diese ergab die Annahme des Angebots gegen etwa 15 Stimmen. Die Abmachung soll vom 16. bis 30. September gelten.

Hierauf machte Kennlich noch einige interessante Mitteilungen über die Beteiligung an der für Berlin und Brandenburg neu gegründeten „Bauhütte“. Auch die Kollegenschaft habe sich mit einem Beitrag von 30 000 M. beteiligt. Jeder Kollege habe nach dem Beschluß einen einmaligen Pflichtbeitrag von 5 M. hierzu zu entrichten.

Der Lohnzuschlag in der chirurgischen Branche.

Nachdem die Arbeitgeber in der chirurgischen Branche eine Lohnverhandlung abgelehnt hatten, wandte die Branchenleitung sich an den Schlichtungsausschuß, um einen Schiedsspruch herbeizuführen. Am Montag fand die Verhandlung statt, über die von Callies in einer Versammlung aller in der chirurgischen Branche beschäftigten Kollegen und Kolleginnen am Montagabend in den „Sophienkäfen“ berichtet wurde. Der Schlichtungsausschuß empfahl den Parteien, folgenden Vorschlag anzunehmen:

Ab 14. bis 30. September ist ein Zuschlag auf alle bestehenden Stundenlöhne zu zahlen, der für männliche Arbeiter über 18 Jahre 20 M., für Arbeiterinnen über 18 Jahre 15 M. und für Jugendliche beiderlei Geschlechts 10 M. betragen soll. — Anschließend teilte Callies mit, daß der Mantelvertrag von den Arbeitgebern zum 1. Januar gekündigt worden ist. Der Schiedsspruch wurde angenommen.

Die Silberdrücker tanzen aus der Reihe.

In einer stark besuchten Versammlung der Silberarbeiter und -arbeiterinnen am Sonnabend im „Dresdener Garten“ berichteten Jrl. Gladusch und Branchenleiter Heipt über die Lohnverhandlungen mit den Arbeitgebern. Die Arbeitgeber weigerten sich, auf die Forderung neuer Löhne einzugehen, weil ein Teil der Arbeiterschaft, die Silberdrücker, selbständig neue Forderungen erhoben, und weil diese nicht bewilligt wurden, die Arbeit eingestellt habe. Dadurch würden sie (die Arbeitgeber) gezwungen, nunmehr die anderen Arbeitskräfte zu entlassen.

Jrl. Gladusch rügte als Mitglied der Branchenleitung das einseitige Vorgehen der Drücker, das mit den gewerkschaftlichen Grundfätzen nicht vereinbar sei. Die Branchenleitung könne die Forderung der Drücker nicht unterstützen. Auch Rejn verurteilte das Vorgehen der Drücker, ebenso andere Redner. Nicht einmal die Branchenleitung habe davon vorher Kenntnis gehabt.

Ulrich (vom Metallarbeiterverband) bezeichnete die Handlungsweise der Drücker als eine Schädigung der Organisation und der Interessen aller anderen Kollegen. Durch eine derartige im Geheimen betriebene Eigenbräutelei werde das Solidaritätsgefühl mit Füßen getreten. Das Bestreben der Gewerkschaften dürfe nicht darauf gerichtet sein, die Kollegenschaft durch weite Abstufungen in den Lohnsätzen auseinanderzuzerren, sondern müsse von dem sozialen Gedanken getragen sein, die Abstände möglichst zu verringern. Die Organisation dürfe auch nicht dulden, daß die Gesamtheit durch eine derartige Handlungsweise einzelner Kollegen geschädigt werde.

Besch (Drücker) versuchte, sein und seiner Kollegen Verhalten zu verteidigen. — Eine volle Verständigung konnte trotz stundenlangem Aussprache nicht erreicht werden. Am Mittwoch soll nochmals mit den Arbeitgebern verhandelt werden.

Karoffler-Arbeiter. Heute 7 Uhr bei Böder, Weberstr. 17, Vollversammlung aller in den Wagen- und Karoffler-Fabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Des Kartell.

Gloster. Bei der Wahl der Delegierten zum Verbandstag erhielten Stimmen: Purlert 275, Geyers 201, Gusschmidt 208, Schulz 201, Geyers 196, Ruppe 175, Richter 169, Redem 147, Gehlke 65. Die ersten sechs sind somit gewählt.

Donnerstag 7 Uhr bei Schwann Versammlung aller in den Baugewerkschaften und Glasfabriken beschäftigten Hilfsarbeiter und Arbeiter. Der Lohn beträgt ab 18. September für Gloster 80 M. pro Stunde, für Monteur pro Nacht wenigstens 150 M.

Deutscher Futurbeiterverband. Donnerstag 5 1/2 Uhr Versammlung aller in den Damenhut- und Umkleebetriebenen Beschäftigten bei F. Wille, Ederstr. 10.

Zentralverband der Wagner-Kassen. Verbandsmittglieder, die Mitglieder der Barmen Erbkantontasse sind, befragen die Generalversammlung am 21. September, abends 8 Uhr, in den Kufflerkassen, Kaiser-Wilhelm-Str. 30. A. Ausweis (September-Beitragsauskunft des Kasse) nicht verlesen.

Wirtschaft

Von den Produktenmärkten.

Uns wird geschrieben: Wenn in der letzten Zeit der Spekulation am Produktenmarkt einige Zügel angelegt worden sind, so lag das in erster Linie an der immer noch in Deutschland herrschenden Geldknappheit. Mit Mühe und Not bringt die Industrie die Betriebsmittel für die Fortführung ihrer Unternehmungen auf. Kredite werden nur in den seltensten Fällen gegeben, es ist also begreiflich, daß auch der Spekulation kaum Kredite zugänglich sind. Auf der anderen Seite war die Witterung der Spekulation sehr günstig. Die Regentage, die in den letzten Wochen wieder zu verzeichnen waren, haben besonders bei der Heuernte große Schäden angerichtet, und auch für die Kartoffelernte, deren Ausichten nach wie vor sehr günstig beurteilt werden, befürchtet man Beeinträchtigungen durch das Unwetter an Rasse. Da aber die Zufuhr an Frühkartoffeln überaus reichlich ist, sind die Preise, gemessen an der Baluta und an der Preisentwicklung anderer Rohungsmittel, verhältnismäßig niedrig und stabil. Allerdings gehen jetzt schon erhebliche Mengen in die Flockenfabriken, man trifft dort schon die Vorbereitungen dafür, daß das Ausmahlungsverhältnis für Roggen in die Höhe gesetzt werden, und daß das Brotmehl eine Streckung durch Kartoffeln erfahren soll.

Für den Roggenmarkt ist es bezeichnend, daß dort nach wie vor die Käufe der Landwirte, die Unmengen an Roggen haben, und die in der Hauptsache Weizen bauen, anhalten. Sie erwerben nach wie vor ihre Unmengen in Roggen und verkaufen den erheblich teureren Weizen am freien Markt. Ferner traten auch die Brauer als Käufer auf, welche den Roggen dazu verwenden, um ihn gegen Braugerste einzutauschen.

Braugerste ist in diesem Jahre sehr knapp und was vorhanden ist, ist der Qualität noch unzureichend. Wenn die Brauer also irgendwo hochwertige Braugerste vermuten, dann suchen sie diese auf dem Umwege über den Roggenmarkt zu erhalten. Auch die Angebote aus der Tschechoslowakei wurden trotz ihrer Höhe ohne Zögern ausgenommen. Erst in den letzten Tagen war ein Nachlassen in der Kauflust für Gerste festzustellen, und zwar aus Anlaß der Reichsverordnung, welche die Herstellung von Bier einschränkt, d. h. die Herstellung von Bier, das einen Stammwürzegehalt über 13 Proz. hat, ganz verbietet und bei Vollkorn von einem Stammwürzegehalt von 10 Proz. die Jahresproduktion auf ein Viertel des gesamten Ausstoßes beschränkt.

Sehr starke Kauflust war für Mais vorhanden. Hier traten teils die Brennereien als Käufer auf, teils waren es Landwirte, die ihn für Futtermittelzwecke verwenden wollen. Die Kauflust wäre noch größer geworden, wenn man bezüglich der Verwendung von Mais zu Brennweizen klar hätte sehen können. Daß Mais in größerem Umfange zur Spiritusherstellung verwendet werden wird, geht schon daraus hervor, daß das Brennen von Kartoffeln wieder wie im Vorjahre auf 20 Proz. beschränkt wird. Vom Verwertungsverband deutscher Spiritusfabrikannten wird eine Einkaufsvereinbarung vorbereitet. Das hindert viele Brennereibesitzer, ihren Maisbedarf schon jetzt zu decken; sie wollen erst abwarten, was aus dieser Einkaufsvereinbarung wird, ob sie überhaupt zustande kommt. Jedenfalls waren die Preise für Mais erheblich höher als für inländischen Roggen. Im übrigen hielten sich die Produktpreise unter denen, die während der letzten Dollarhaufe verzeichnet wurden, wie überhaupt die Balutenbewegung für die Getreidepreise im freien Verkehr maßgebend ist.

Gegen die Beschlagnahme der chemischen Industrie.

Auf der diesjährigen Tagung des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschland hielt der Vorsitzende, Geheimrat Duisberg, eine Rede, die ein klammernder Protest gegen die Pläne Poincaré's nach einer Beschlagnahme der chemischen Großindustrie des Westens war. Die industriellen Führer, deren man bedürfte, würden fehlen, wenn eine solche Maßnahme erfolge. Damit würde die Industrie lahmgelegt. Der Redner fuhr fort:

Deutschland bedarf zur Abdeckung seiner Reparationspflichten sowie zur Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen fremder Devisen in großem Umfang. Sie müssen überwiegend durch die Warenausfuhr beschafft werden. Die chemische Industrie ist bekanntlich eine unserer größten Ausfuhrindustrien. Sie hat vor den anderen der Textil- und der Eisenindustrie den bedeutenden Vorsprung, daß sie ihren Rohstoffbedarf überwiegend im Inland deckt und niedrigwertige Rohmaterialien, wie die Teerdestillationsprodukte, zu hochwertigen Erzeugnissen, wie Farben, pharmazeutische, photographische und Nischtschmelzprodukte veredelt. Dabei darf auch nicht vergessen werden, daß diese Industrie den Stickstoff der Luft mit dem Wasserstoff des Wassergases zu jenem für unsere deutsche Landwirtschaft so wichtigen und im Vergleich zu den Auslandsprodukten so billigen Düngemitteln verbindet. Die chemische Industrie kann daher den größten Teil ihrer im Export gewonnenen Devisen dem Reich zur Verfügung stellen. Ihre Fortbestand in deutscher Hand ist mithin für Deutschlands Existenz von allergrößter Bedeutung. Und darum muß die deutsche chemische Industrie, und mit ihr das deutsche Volk, klammernden Protest gegen die von Frankreich drohende Vergewaltigung erheben!

Russisches Getreide und der Weltmarkt. Die wirtschaftsamtliche „Ekonomsichestwa Sjsin“ zerstreut in einem Artikel alle Hoffnungen, die manche Kreise auf eine größere Einfuhr russischen Getreides setzen. Sie kommt auf Grund der Getreidepreise, welche in der Sowjetruine einerseits und in London, Konstantinopel, Prag, Berlin und Warschau andererseits registriert werden, zu dem Schluß, daß das russische Getreide auf dem Weltmarkt gegenwärtig noch nicht konkurrenzfähig sei. Die ukrainischen Getreidepreise in Goldrubel nach dem tatsächlichen Kursstand umgerechnet, übersteigen die günstigsten Auslandspreise durchschnittlich um 20 bis 30 Proz.; hierzu kämen noch die Transportkosten, die z. B. für das Baltawgebiet 0,27 bis 0,35 Rubel pro Pud ausmachen würden. Es gebe zwar in der westlichen Ukraine Gebiete mit verhältnismäßig sehr niedrigen Preisen, doch auch hier komme nur eine geringe Ausfuhr, und zwar nach den Nachbarländern Polen und der Tschechoslowakei, in Frage. Die verjährige Schmuggelausfuhr von Getreide an der polnischen Grenze sei darauf aufgebaut gewesen, daß die Preisverluste am Getreide durch Verdienste an den Importwaren reichlich ausgeglichen wurden; diese auch gegenwärtig allein mögliche Grundlage für den Getreideexport im beginnenden Wirtschaftsjahre wäre infolgedessen nur verhältnismäßig geringe und zur Vorbereitung der hoffentlich größeren Ausfuhr im Jahre 1923/24 durchzuführen.

Devisenkurse. Unserer gestrigen Kursstabelle sind noch folgende nach Redaktionschluß festgesetzten Notierungen nachzutragen: 100 Schweizer Franc 27 865,35 Geld, 27 734,65 Brief; 100 italienische Lire 6207,20 Geld, 6222,80 Brief; 100 spanische Pesetas 22 372 Geld, 22 428 Brief; 1 japanischer Yen 714,10 Geld, 715,90 Brief; 1 britischer Pfund 184,76 Geld, 186,24 Brief; 100 Polenmark fallen im Freiverkehr etwa 19,10 M.

Gegen Grippe und Schnupfen hilft Goldfarb's Gesundheitsstabak